

Vom Lehrstuhl für die »Wissenschaft von der Politik« zum Institut für Politikwissenschaft

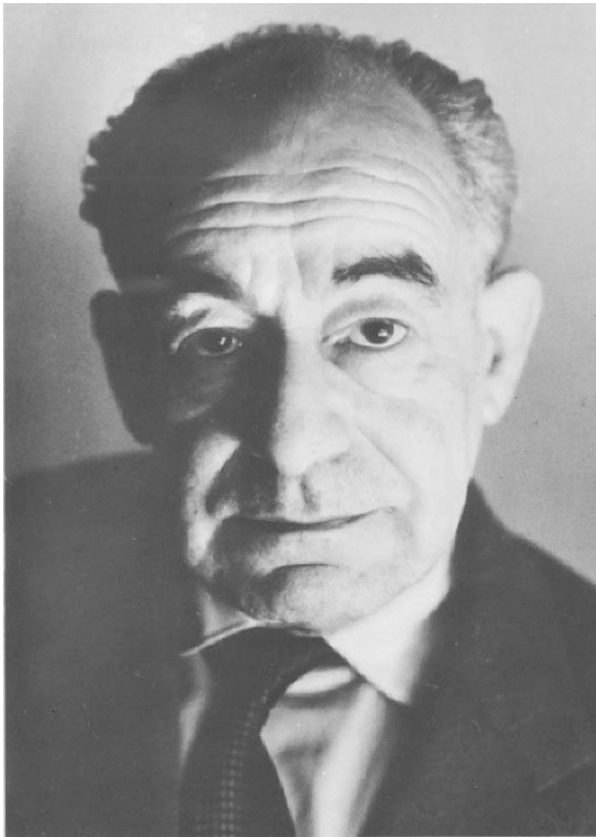
Hamburgs erster Politikwissenschaftler. Rainer Nicolaysen über Siegfried Landshut

Siegfried Landshut (1897-1968) war der erste Inhaber eines Lehrstuhls für die »Wissenschaft von der Politik« an der Universität Hamburg (1951-1965). Als er 1950/51 nach Hamburg kam, um Politikwissenschaft als Fach zu etablieren, war dies eine Rückkehr aus 17-jährigem, teils dramatischem Exil.

Als Siegfried Landshut im Februar 1950 zwei Gastvorträge im Hauptgebäude der Universität Hamburg hielt, kehrte er erstmals an den Ort zurück, von dem er knapp 17 Jahre zuvor als Jude vertrieben worden war.¹ Zum Sommersemester 1951 erhielt er dann den neu eingerichteten Lehrstuhl für die »Wissenschaft von der Politik«, einen der ersten seiner Art in der Bundesrepublik. An der Etablierung der Politikwissenschaft, die an den Universitäten mit Skepsis, wenn nicht gar mit offener Ablehnung aufgenommen wurde, hatte Landshut in den 1950er und 1960er Jahren erheblichen Anteil. Entgegen der damals verbreiteten Ansicht, es handele sich um eine neue, erst nach 1945 aus den USA importierte Wissenschaft, knüpfte Landshut an eigene politikwissenschaftliche Arbeiten aus der Weimarer Zeit an² und betonte, Politik sei eine der ältesten Disziplinen überhaupt: »[...] der Begriff Politik ist ja nicht von gestern. Er ist neben Physik, Metaphysik und Ethik einer der ältesten

-
- 1 Vgl. zum Lebensweg ausführlich mit allen Einzelnachweisen Rainer Nicolaysen 1997. *Siegfried Landshut. Die Wiederentdeckung der Politik. Eine Biographie*, Frankfurt a.M.; der größte Teil des Werkes findet sich in Siegfried Landshut 2004. *Politik. Grundbegriffe und Analysen. Eine Auswahl aus dem Gesamtwerk in zwei Bänden*, hg. von Rainer Nicolaysen, Berlin (im Folgenden: *Werkausgabe*).
 - 2 Vgl. Rainer Nicolaysen 2011. Zur Kontinuität politischen Denkens. Siegfried Landshuts Beitrag zur Etablierung westdeutscher Politikwissenschaft als Einlösung seines Programms aus Weimarer Zeit, in Alexander Gallus & Axel Schildt (Hg.). *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 48)*, Göttingen, 275-293.

Siegfried Landshut – Portrait (1950er Jahre)



UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte

Begriffe zur Bezeichnung einer Wissenschaft, der Wissenschaft von der Polis, der politischen Gemeinschaft, der res publica.«³

Als Gründungs- und langjähriges Vorstandsmitglied der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik (heute: Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft), zeitweise auch als deren Vorsitzender, setzte sich Landshut für die Anerkennung und Profilierung des Faches im In- und Ausland ein. An der Universität Hamburg baute er den Studiengang in den 1950er Jahren im Alleingang auf; Landshut selbst verfasste die Studien- und Prüfungsordnung und zog durch seine Lehre zunehmend Studierende im Haupt- wie auch im Nebenfach an.

3 Siegfried Landshut 1959. Politik, in ders. *Werkausgabe*, Bd. 1, 293–296, 293f.

Begonnen hatte die erste Politik-Vorlesung mit drei Teilnehmerinnen. Über ein Jahrzehnt lang war Landshut der einzige Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft in Hamburg; erst 1962 wurde eine zweite Professur eingerichtet und mit Wilhelm Hennis besetzt.

Dass Siegfried Landshut bereit war, an die Hamburger Universität zurückzukehren, war alles andere als selbstverständlich. Was für alle jüdischen Familien in Deutschland galt, traf auch auf die Familie Landshut zu: Ihre Geschichte war geprägt von Vertreibung, Verfolgung und Ermordung. Nach einer Familienchronik von 1962 lebten zu diesem Zeitpunkt von 134 Familienangehörigen 35 in Israel, 47 in Europa und 52 in den USA oder anderen Ländern. Die Vertreibung durch die Nationalsozialisten hatte die Familie über die ganze Welt verstreut. Neun Familienmitglieder waren während der NS-Zeit umgebracht worden. Siegfried Landshuts ältere Schwester hatte Theresienstadt überlebt. Er selbst hatte vor allem in den ersten drei Jahren des Exils in Ägypten, zum Teil auch noch später, mit seiner Ehefrau und drei Kindern buchstäblich um die Existenz gekämpft. Zu einer möglichen Rückkehr nach Deutschland äußerte er sich nach 1945 zunächst skeptisch.

Nach seiner Remigration 1950/51 traf Landshut dann im Hamburger Alltag – auf dem Flur wie in der Bibliothek, in Fakultätssitzungen wie in Prüfungskommissionen – auf jene Kollegen, die seine Vertreibung 1933 befürwortet oder dieser zumindest beigewohnt hatten, auf Kollegen, die sich in der NS-Zeit in unterschiedlicher Weise mit dem Regime arrangiert oder dieses aktiv befördert hatten, nun aber in der Regel davon nichts mehr wissen wollten. Im System solcher Abwehrstrategien war ein jüdischer Remigrant ein Störfaktor, und in Landshuts Fall kamen Ressentiments gegenüber seinem Fach noch erschwerend hinzu – ein in vielfacher Hinsicht schwieriger Start für den ersten Politikwissenschaftler in Hamburg.

Siegfried Salomon Landshut, am 7. August 1897 als jüngstes dreier Kinder von Suzette Landshut und dem Architekten Samuel Landshut in Straßburg im Elsass geboren, stammte aus einer weitgehend assimilierten jüdischen Familie. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, in dessen Anfangstagen er sich knapp 17-jährig als Kriegsfreiwilliger gemeldet hatte, begann Landshut – ernüchtert und »geistig ausgehungert« im März 1919 aus dem Nahen Osten zurückgekehrt – zunächst mit dem juristischen, dann mit dem nationalökonomischen Studium. Er studierte bei Robert Liefmann in Freiburg i.Br., unterbrochen von einem Semester bei Franz Oppenheimer in Frankfurt a.M., und wurde 1921, nach fünf Semestern, mit einer Arbeit über den »Homo oeconomicus« zum Dr. rer. pol. promoviert. Im selben Jahr heiratete er seine Freiburger Kommilitonin Edith Rosalie Heß, einziges Kind einer in Hamburg ansässigen jüdischen Kaufmannsfamilie.

Nach der Promotion folgten von 1921 bis 1925 philosophische und sozialwissenschaftliche Studien bei Edmund Husserl und Martin Heidegger in Freiburg, bei Max Scheler in Köln, bei Alfred Weber und Karl Jaspers in Heidelberg, wiederum bei Heidegger – nun in Marburg –, schließlich erneut bei Alfred Weber in

Heidelberg. Gerade die »Phänomenologischen Übungen« Martin Heideggers wie auch dessen Aristoteles- und Descartes-Interpretationen hinterließen bei Landshut einen starken Eindruck, aber auch während seiner Studienzzeit bei Heidegger widmete er sich eigenen Untersuchungen; insbesondere beschäftigte er sich intensiv mit dem Werk Max Webers. Habilitieren wollte sich Landshut bei dessen Bruder Alfred. Im Sommer 1924 beteiligte er sich an Alfred Webers staatssoziologischen Seminaren und arbeitete an eigenen »historischen Studien über den Bedeutungswandel der politischen Begriffe und der ihnen entsprechenden Sachzusammenhänge«.⁴ Erstes publiziertes Ergebnis dieser Studien ist der 1925 erschienene Aufsatz *Über einige Grundbegriffe der Politik*,⁵ nach Wilhelm Hennis »der eigentliche Neubeginn einer wissenschaftlichen Politik in Deutschland«.⁶ Den Plan, sich bei Alfred Weber mit einer dezidiert politikwissenschaftlichen Arbeit zu habilitieren, musste Landshut allerdings aufgeben, erwies sich doch auch in der vergleichsweise liberalen Heidelberger Fakultät die zweite Habilitation eines jüdischen Kandidaten binnen kurzer Zeit als aussichtslos. Der vor Landshut auf der Warteliste stehende Aspirant war Karl Mannheim.

Auf Empfehlung Alfred Webers wechselte Landshut 1925 nach Hamburg, an Albrecht Mendelssohn Bartholdys Institut für Auswärtige Politik. Zwei Jahre später wurde er Assistent des Sozialökonomen und Sozialdemokraten Eduard Heimann an der 1919 gegründeten Hamburgischen Universität. Dort beantragte Landshut 1928 in einem programmatischen und hinsichtlich seiner akademischen Karriere auch mutigen Akt als erster deutscher Wissenschaftler im 20. Jahrhundert die Zulassung zur Habilitation für »das Fach der Politik«: ein Fach, das es zu jenem Zeitpunkt an keiner Universität in Deutschland gab.⁷ Seine Habilitationsschrift *Untersuchungen über die ursprüngliche Fragestellung zur sozialen und politischen Problematik*, deren Annahme am Veto des Soziologen und »einzigen nationalsozialistischen Mitglieds der Fakultät«⁸ Andreas Walther scheiterte und die im Jahre 1929 unter dem Verlagstitel *Kritik der Soziologie* erschien,⁹ avancierte zu einem viel diskutierten sozialwissenschaftlichen Beitrag in der Endphase der Weimarer Republik. Michael

-
- 4 Siegfried Landshut in einem Lebenslauf 1928; zitiert nach Rainer Nicolaysen. *Siegfried Landshut*, 64.
 - 5 Siegfried Landshut 1925. *Über einige Grundbegriffe der Politik*, in ders. *Werkausgabe*, Bd. 1, 327-386.
 - 6 Wilhelm Hennis 1970. Zu Siegfried Landshuts wissenschaftlichem Werk, *Zeitschrift für Politik* 17, 1-14, 4.
 - 7 Landshuts Zulassungsantrag findet sich faksimiliert abgedruckt in Rainer Nicolaysen 2000. *Polis und Moderne. Siegfried Landshut in heutiger Sicht. Mit ausgewählten Dokumenten zur Biographie (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 16)*, Berlin & Hamburg, 179.
 - 8 Eduard Heimann in einem undatierten Brief an den Academic Assistance Council 1934, zitiert nach Rainer Nicolaysen. *Siegfried Landshut*, 101.
 - 9 Siegfried Landshut 1929. *Kritik der Soziologie. Freiheit und Gleichheit als Ursprungsproblem der Soziologie*, München & Leipzig; wieder abgedruckt in ders. *Werkausgabe*, Bd. 1, 43-188.

Th. Greven urteilte 2004, das Buch müsse »als ein Gründungsdokument des politikwissenschaftlichen Neo-Aristotelismus gelesen und Landshut selbst zeitlebens als einer seiner tiefgründigsten Vertreter anerkannt werden«.¹⁰

Aufsehen erregte Landshut dann 1932 mit der von ihm – unter Mitwirkung von Jacob Peter Mayer – vorgelegten Ausgabe der Frühschriften von Karl Marx,¹¹ die dessen philosophischen Texte ins Zentrum des Werkes rückte. Die beiden blauen Bände der Kröner-Taschenausgabe schrieben Geschichte; Landshuts einbändige Ausgabe von 1953 ist noch heute in siebter Auflage erhältlich.¹² Insbesondere die Veröffentlichung der von ihm aufgespürten *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte aus dem Jahre 1844* bedeutete eine Zäsur für die westliche Marx-Forschung. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten aber brach die Marx-Rezeption abrupt ab; abgebrochen wurde 1933 auch Landshuts zweiter Versuch, sich an der Hamburgischen Universität zu habilitieren. Nachdem seine nun im Fach Nationalökonomie eingereichte zweite Habilitationsschrift *Historisch-systematische Analyse des Begriffs des Ökonomischen*¹³ schon angenommen worden war, teilte ihm die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät im Mai 1933 mit, dass »mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse« von der Weiterverfolgung seines Habilitationsverfahrens abzusehen sei.¹⁴ Kurz darauf verlor er als Jude auch seine Assistentenstelle.

Das siebzehn Jahre währende Exil in Ägypten (1933-1936), Palästina (1936-1945), wiederum Ägypten (1945-1948) und Großbritannien (1948-1950/51) wurde für das Ehepaar Landshut und seine 1922, 1925 und 1930 geborenen Kinder zeitweise zum Überlebenskampf. Zu wissenschaftlicher Tätigkeit kam Siegfried Landshut in diesen Jahren kaum. Von 1936 bis 1938 arbeitete er zwar als »Fellow« an der Hebräischen Universität in Jerusalem, wo er nach bemerkenswert kurzer Zeit Vorlesungen über Max Weber auf Hebräisch zu halten vermochte und engeren Kontakt etwa zu Martin Buber und Ernst Simon knüpfte. Aber nach Ablauf des von der Rockefeller Foundation finanzierten Stipendiums stand die Familie wiederum vor dem Nichts. Wie zuvor in Ägypten begann nun auch in Palästina ein Leben am Rande des Existenzminimums. Dennoch versuchte Landshut seine Forschungen fortzusetzen. Als Hauptwerk der Exilzeit konnte die zwischen 1936 und 1941 teils im Kibbuz entstandene Untersuchung *Die Gemeinschafts-Siedlung in Palästina* 1944 in he-

10 Michael Th. Greven 2004. Siegfried Landshut. Ein Gründungsvater des politikwissenschaftlichen Neo-Aristotelismus, *Neue Politische Literatur* 49, 216-219, 217.

11 Karl Marx 1932. *Der historische Materialismus. Die Frühschriften*, 2 Bde., hg. von Siegfried Landshut und Jacob Peter Mayer, unter Mitwirkung von Friedrich Salomon, Leipzig.

12 Karl Marx 1953. *Die Frühschriften*, hg. von Siegfried Landshut, Stuttgart, zuletzt 7. Aufl. 2004.

13 Siegfried Landshut 1933. *Historisch-systematische Analyse des Begriffs des Ökonomischen*, erstmals vollständig abgedruckt in ders. *Werkausgabe*, Bd. 1, 189-290.

14 Das Schreiben des Dekans Curt Eisfeld ist faksimiliert abgedruckt in Rainer Nicolaysen. *Polis und Moderne*, 180.

bräischer Sprache erscheinen.¹⁵ Die größte materielle Not war erst überstanden, als Landshut 1942 Leiter der deutschsprachigen Abteilung des Britischen Mittelmeersenders in Jerusalem wurde. Von 1945 bis 1948 zeichnete er dann für die Re-education von etwa 100.000 deutschen Kriegsgefangenen in Ägypten verantwortlich. Nach Beendigung dieser Aufgabe siedelte Landshut nach London über, wo er von der Anglo-Jewish Association einen befristeten Forschungsauftrag zum Thema »Jewish Communities in the Muslim Countries of the Middle East« erhalten hatte.

Trotz starker Zweifel kehrte Landshut schließlich im Alter von 53 Jahren nach Deutschland zurück, wo er nach Überwindung etlicher Schwierigkeiten den besagten Hamburger Politik-Lehrstuhl erhielt. In der ohnehin kleinen Gruppe der Remigrantinnen an der Hamburger Universität zählte er zu den wenigen, die hier noch langjährig als Ordinarius wirkten.¹⁶ Zusätzlich zu seiner Professur nahm Landshut von 1952 bis 1959 einen Lehrauftrag an der Akademie für Gemeinwirtschaft, der späteren Hochschule für Wirtschaft und Politik, wahr. Wissenschaftlich trat er in den 1950er Jahren insbesondere als Marx- und Tocqueville-Forscher hervor. An der Universität Hamburg lehrte er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1965, in beschränktem Umfang auch noch darüber hinaus. Am 8. Dezember 1968 starb Landshut im Alter von 71 Jahren in Hamburg.

Siegfried Landshut hinterließ ein weit verstreut erschienenes, zum Teil unter widrigsten Lebensumständen entstandenes Werk, das bis heute für die Politische Wissenschaft als grundlegend und anregend gelten kann, das aber, sperrig gegenüber jedem *mainstream*, schon zu Landshuts Lebzeiten nur begrenzt rezipiert wurde und nach seinem Tod zunächst weitgehend in Vergessenheit geriet. Bereits in seiner Akademischen Gedächtnisrede auf den früheren Hamburger Kollegen hat Wilhelm Hennis 1969 betont, er wisse kaum ein Werk eines deutschen Gelehrten zu nennen, dessen Wirksamkeit durch »die Ungunst der Zeit« so beeinträchtigt worden sei wie dasjenige Landshuts. Selbst engste Fachkolleginnen wüssten lediglich, dass Landshut der Herausgeber der Frühschriften von Karl Marx sei und eine ausgezeichnete Tocqueville-Auswahl betreut habe.¹⁷ Knapp dreißig Jahre später, aus dem Rückblick des Jahres 1998, hat Hennis Landshut dann als den wohl Unbekanntesten unter den »Gründervätern« seines Faches bezeichnet, zugleich aber als den »bedeutendste[n] Kopf« der ersten Generation der Politikwissenschaft nach 1945.¹⁸

15 Siegfried Landshut 1944. *Die Kwuza*, Jerusalem; die deutschsprachige Originalfassung erschien vollständig erstmals 2004 in ders. *Werkausgabe*, Bd. 2, 770–977.

16 Vgl. Rainer Nicolaysen 2008. Die Frage der Rückkehr. Zur Remigration Hamburger Hochschullehrer nach 1945, *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 94, 117–152.

17 Wilhelm Hennis. Zu Siegfried Landshut, 1f.

18 Wilhelm Hennis 1999. Politikwissenschaft als Disziplin. Zum Weg der politischen Wissenschaft nach 1945 – Wilhelm Hennis im Gespräch mit Gangolf Hübinger, *Neue Politische Literatur* 44, 365–379, 370.

Auch nach dem Erscheinen der Biographie 1997 und der zweibändigen Ausgabe seiner Schriften 2004 wurde Landshut bisweilen selbst in einschlägigen Zusammenhängen noch übergangen: Als sich Jürgen Habermas 2011 auf einer Tagung über »Jüdische Stimmen im Diskurs der sechziger Jahre« an die Bedeutung (r)emigrierter Philosophinnen und Sozialwissenschaftlerinnen für die politische Kultur der frühen Bundesrepublik erinnerte, nannte er alle zu erwartenden Namen – außer denjenigen Landshuts. Die *Neue Zürcher Zeitung*, die den Habermas-Vortrag unter dem Titel *Grossherzige Remigranten* abdruckte,¹⁹ ergänzte dann den Artikel – unbeabsichtigt – um den Vergessenen: Sie illustrierte den Text mit einem Foto vom Deutschen Soziologentag in Heidelberg 1964, das neben Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas auch den in der Bildunterschrift freilich ungenannten Siegfried Landshut zeigt. An diesem Kongress anlässlich des 100. Geburtstages von Max Weber nahm Landshut als ausgewiesener Kenner des Weberschen Werkes teil. Schon in seiner *Kritik der Soziologie* von 1929 räumt er der Auseinandersetzung mit Max Weber einen zentralen Platz ein – ein Buch, das Habermas selbst vor vielen Jahren als einen wichtigen sozialwissenschaftlichen Beitrag gewürdigt hat.²⁰ Wenn gerade Landshut in dem Artikel von 2011 so ungenannt wie unerkannt bleibt, ist dies weder vorsätzlich noch zufällig, sondern symptomatisch für eine schwierige Rezeption, die zumindest teilweise bis heute noch ihre Fortschreibung findet.

Dass es für Landshuts Werk nicht einfach war, sich im fachwissenschaftlichen Diskurs durchzusetzen, hängt vor allem mit zwei Gründen zusammen: zum einen mit dem Bruch, den das Exil für Landshuts wissenschaftliche Laufbahn bedeutete, in seinem Fall verstärkt noch dadurch, dass er nicht wie viele andere vertriebene Sozialwissenschaftlerinnen in die USA emigrierte, sondern im nahöstlichen Exil von wissenschaftlicher Arbeit und entsprechendem Austausch weitgehend abgeschnitten war, und zum anderen mit dem Werk selbst, das, orientiert am aristotelischen Politikverständnis, auch nach der Remigration in einer sich erst etablierenden westdeutschen Politikwissenschaft eher randständig blieb.

Konsequent wie kaum ein anderer Politikwissenschaftler im 20. Jahrhundert hat Siegfried Landshut die Politische Wissenschaft aus ihrer eigenen, mehr als zweitausendjährigen Tradition heraus wieder zu begründen versucht. Politik war für ihn nicht nur eine der ältesten Wissenschaften, sie war für ihn auch die im aristotelischen Sinne königliche Disziplin, diejenige, die die bestimmenden Fragen des menschlichen Miteinanderlebens zum Thema hat und die sich als *praktische Wissenschaft* an einem Zweck orientiert: am Gemeinwohl. Landshuts gesamtes Werk

19 Jürgen Habermas 2011. *Grossherzige Remigranten*. Über jüdische Philosophen in der frühen Bundesrepublik. Eine persönliche Erinnerung, *Neue Zürcher Zeitung* vom 2. Juli 2011, 21f.

20 Vgl. Jürgen Habermas 1992. *Soziologie in der Weimarer Republik*, in *Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt*, Frankfurt a.M., 29–53, 41–43.

zielt darauf, den Verlust eines solchen Politikverständnisses, das nichts mit Kampf um Macht oder bloßer Verwaltung und Sicherung des Lebens zu tun hat, durch rückwärts aufklärende Untersuchungen kenntlich zu machen und damit wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Angesichts der hier angedeuteten Dimension von Landshuts Arbeiten, seiner wissenschaftsgeschichtlich bedeutsamen Rolle und seiner Lebensgeschichte als einer der wenigen jüdischen Remigranten in der Bundesrepublik erstaunt trotz der genannten Gründe eben doch, wie sehr Landshut nach seinem Tod in Vergessenheit geraten konnte, und es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass gerade derjenige Politikwissenschaftler, der in besonderem Maße Tradition und Wichtigkeit des Faches zu akzentuieren suchte, später selbst Opfer der von ihm kritisierten Geschichtsvergessenheit auch und gerade in der eigenen Wissenschaftsdisziplin geworden ist.

Rainer Nicolaysen ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg; seit 2010 leitet er dort die Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte. Als Biograph von Siegfried Landshut und Herausgeber seiner Schriften hat er Landshut in den wissenschaftlichen Diskurs zurückgeholt.

Zur soziologischen Aktualität Siegfried Landshuts. Wolfgang Knöbl über Landshuts zwei Habilitationsschriften

Siegfried Landshut verstand sich als Politikwissenschaftler, bevor es das Fach überhaupt gab. 1928 und 1933 scheiterten seine beiden Versuche, sich an der Hamburgischen Universität mit den Schriften *Untersuchungen über die ursprüngliche Fragestellung zur sozialen und politischen Problematik* und *Historisch-systematische Analyse des Begriffs des Ökonomischen* zu habilitieren.

Den Schriften Siegfried Landshuts *soziologische* Aktualität zusprechen zu wollen, dürfte nur wenigen sofort einleuchten. Nicht nur hat sich dieser von den Nationalsozialisten aus Hamburg vertriebene und dann nach dem Zweiten Weltkrieg an die Universität Hamburg zurückgekehrte Gelehrte immer zuallererst als Politikwissenschaftler verstanden. Kennerinnen der Geschichte der Sozialwissenschaften in der Weimarer Republik dürfte zudem im Gedächtnis geblieben sein, dass Landshut eben mit einer Schrift bekannt wurde, die den Titel »Kritik der Soziologie« trug, sodass man schon allein deshalb Zweifel bezüglich der Relevanz von Landshuts Schriften für die heutige Soziologie anmelden könnte. Genau dies aber soll im Folgenden behauptet werden, was freilich bedeutet, dass man sich das Oeuvre Landshuts genau anschauen muss, denn nicht alles, was Landshut veröffentlichte, hat – wie könnte es auch anders sein – die Zeit überdauert.

Womit man vielleicht heute am wenigsten in der Soziologie anzufangen weiß, das ist das neoaristotelische Politikverständnis von Landshut, wie es wirkungsvoll zum Tragen kam, als er – seit 1951 an der Hamburger Universität etabliert – mit dazu beitrug, dass die Politikwissenschaft als Disziplin in Westdeutschland institutionalisiert werden konnte. Landshut hatte bereits in einem frühen Aufsatz aus dem Jahre 1925, in *Über einige Grundbegriffe der Politik*, eine Position bezogen, an der er sein Leben lang festhalten sollte, nämlich dass sich das Politische nicht über »Macht« oder »Herrschaft« definiert, sondern über die Zielsetzung der Gesellschaft. Landshut greift hier zurück auf ein Politikverständnis, das von der griechischen Antike bis in die frühe Neuzeit gültig war und das davon ausging, dass sich das, was als (angemessenes) politisches Handeln zu definieren sei, nur über ein Verständnis einer guten, auf den Bürgertugenden basierenden Gemeinschaft erfassen lasse. Man kann diesem Versuch einer »Wiederentdeckung« oder »Wiedergewinnung« der Politik mit viel Sympathie gegenüberstehen – und als Kritikfolie für eine Auseinandersetzung mit moderneren Politikkonzeptionen ist er allemal nützlich und hilfreich. Doch gilt gleichzeitig auch, dass, *erstens*, Landshut selbst (wie übrigens die meisten Neo-Aristotelikerinnen) wenig dazu beigetragen hat, die sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen zu untersuchen, vor deren Hintergrund dieses »alte« Politikverständnis seine Plausibilität und unmittelbare Evidenz verloren hat und damit zu fragen, ob in modernen Gesellschaften darauf überhaupt noch umstandslos zurückgegriffen werden kann. Udo Bernbach, von 1971 an selbst Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg, hat zurecht darauf aufmerksam gemacht, dass Landshut schlicht daran scheitern musste, jene »Einheit der gesellschaftlichen Lebensführung« in modernen Gesellschaften genauer zu definieren,²¹ was er aber hätte tun müssen, um eben auch eine konkrete Vorstellung von Politik präsentieren zu können. *Zweitens* wird man, wenn man über die Wurzeln dieses neoaristotelischen Politikverständnisses genauer informiert sein will, heute eher auf Arbeiten von Wilhelm Hennis zurückgreifen, weil dieser 1963 (also ein Jahr, nachdem er Landshuts Kollege in Hamburg geworden war) mit *Politik und praktische Philosophie*²² eine mittlerweile klassische Untersuchung hierzu vorgelegt hat, die sehr viel konziser, als dies bei Landshut der Fall ist, den historischen Wandel der Semantik des Politischen nachzeichnet, selbst wenn man natürlich – worauf Jürgen Habermas aufmerksam macht – nicht übersehen kann, dass Landshut seine Argumente anders als Hennis auch aus den Frühschriften von Marx bezog.²³

21 Udo Bernbach 2000. Einige Fragen zu Landshuts Politikverständnis, in Rainer Nicolaysen (Hg.). *Polis und Moderne. Siegfried Landshut in heutiger Sicht*, Berlin & Hamburg, 165–173, 172.

22 Wilhelm Hennis 1963. *Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft*, Neuwied am Rhein.

23 Vgl. den Beitrag von Jürgen Habermas in diesem Band, S. 41.

Nicht die im engeren Sinne *politische Theorie* Landshuts wird und soll also die heutige Soziologie rezipieren. Was an Landshut aus soziologischer Sicht vielleicht aktueller ist als je zuvor, das sind seine beiden Habilitationsschriften, mit denen er in seinen Hamburger Jahren vor 1933 universitär scheiterte: Die erste Habilitationsschrift, aus der dann sein schon genanntes Buch *Kritik der Soziologie* hervorgehen sollte, wurde aufgrund des massiven Widerstandes des späteren nationalsozialistischen Soziologen Andreas Walther 1928 zurückgezogen; Landshuts zweite Habilitationsschrift, *Historisch-systematische Analyse des Begriffs des Ökonomischen*, wurde erst postum veröffentlicht, auch deshalb, weil das gesamte Habilitationsverfahren aufgrund der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 nicht mehr zum formellen Abschluss gebracht werden konnte und die Schrift damit gewissermaßen sinnlos geworden war. Warum nun sind gerade diese beiden frühen Hamburger Arbeiten soziologisch so interessant?

Worauf schon des Öfteren hingewiesen worden ist, war der Buchtitel *Kritik der Soziologie* von Landshut nicht selbst gewählt worden,²⁴ auch wenn das Buch vielleicht, als es 1929 erschien, gerade deshalb so besonders aufmerksam rezipiert wurde. In Wahrheit ging es aber Landshut natürlich nicht um eine Kritik dieses Faches: Weder hegte er – wie noch etwa Wilhelm Dilthey – gegenüber dieser Disziplin einen ausgesprochenen Positivismusverdacht, noch wollte er – wie etwa Georg von Below – mit allen Mitteln die Etablierung der Soziologie als Einzelwissenschaft verhindern.²⁵ Was ihn vielmehr in jener *Kritik der Soziologie* umtrieb, war eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Wissenschaftsverständnis der Sozialwissenschaften, wie er es eben auch in den Schriften von Max Weber oder von Ferdinand Tönnies vorfand und das er kritisch reflektierte. Drei Aspekte waren ihm dabei besonders wichtig, Aspekte, die auch heute noch absolut zentral sind oder zumindest zentral sein sollten für ein angemessenes Selbstverständnis der Sozialwissenschaften:

1) Landshut kritisierte die Orientierungslosigkeit der Soziologie hinsichtlich ihrer ureigenen Fragestellung, wobei er nicht zuletzt auf ein Selbstmissverständnis Max Webers aufmerksam machte, der zumindest in seinen wissenschaftstheoretischen Schriften einem rein subjektivistischen Wissenschaftsverständnis huldigte und über seine neukantianisch inspirierte Rede von der unendlichen Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit vergaß, systematisch nach der geschichtlichen Problematik der Soziologie zu fragen. Weber – so Landshut – war also allzu schnell bereit, den historischen Sachcharakter der Soziologie als neuer Disziplin zu ignorie-

24 Der Titel war vom Verlag vorgeschlagen worden.

25 Vgl. etwa Erhard Stölting 1986. *Akademische Soziologie in der Weimarer Republik*, Berlin, 94ff.

ren.²⁶ Anders formuliert: Die Frage nach dem geschichtlichen Ort soziologischen Fragens sei von Weber und den anderen Gründungsvätern der Disziplin (nicht jedoch von Marx) ausgeblendet worden. Landshut stieß hier auf eine Frage, wie sie ein Jahrzehnt später in der US-amerikanischen Soziologie formuliert worden ist, eine gegen die Überspezialisierung der Disziplin gerichtete Frage, die eben auch heute noch aktuell ist: »Knowledge for What?«²⁷ Aber allein dabei beließ es Landshut nicht. Ebenso wie eine stärkere Orientierung an praktischen Fragen hat Landshut von Sozialwissenschaftlerinnen eingefordert, dass sie den geschichtlichen Standort, an dem wissenschaftliche Probleme formuliert werden, reflektieren müssten. Heute – und belehrt von postkolonialen Debatten – würde man vermutlich sagen, nicht nur den geschichtlichen, sondern auch den geographischen oder kulturellen Standort gilt es zu beleuchten, weil man ansonsten Gefahr läuft, Fragestellungen zu verfolgen und Antworten zu geben, die entweder höchst irrelevant oder höchst partikular sind. Landshut war also wie wenige andere in der damaligen Zeit bereit, die Selbstreflexion der Sozialwissenschaften im Hinblick auf ihr Tun voranzutreiben.

2) Landshut wendete sich auch scharf gegen die in der Soziologie, etwa bei Ferdinand Tönnies, zu findenden scharfen begrifflichen Dichotomisierungen, die dieser Disziplin dann unter der Hand oft dazu dienen, Entwicklungsverläufe zu formulieren nach dem Motto: von der Gemeinschaft zur Gesellschaft. Er ruft stattdessen dazu auf, all diese Dichotomien zu historisieren (64f.), sind diese doch in einem bestimmten historischen Kontext entstanden, was es dann nicht erlaube, sie gewissermaßen als zeitlose Grundbegriffe zu behandeln. Vor dieser Gefahr sei gerade eine nominalistische Begriffsbildung, wie sie etwa in aller Schärfe und Prägnanz von Max Weber vorangetrieben wurde, nicht gefeit (78ff.), weil aufgrund der genannten Konstruktionsweise der Begrifflichkeit allzu schnell vergessen werde, wie es zur je besonderen Ausprägung des Begriffes überhaupt kam, welche Kontexte hier eine Rolle spielten, sodass aus Idealtypen nur allzu schnell Realtypen würden, die als zeitlose Instrumente fungieren. Man dürfte nicht fehlgehen in der Annahme, dass heutige Prozessbegriffe, wie sie in der Soziologie beheimatet sind und die auf eben solchen begrifflichen Dichotomisierungen aufsitzen (sakral – säkular: Säkularisierung; traditional – modern: Modernisierung etc.) gerade deshalb immer problematischer werden, weil die von Landshut eingeforderte historisierende begriffliche Reflexion nie ernsthaft stattgefunden hat.

26 Siegfried Landshut 2004 (1963). Kritik der Soziologie – Freiheit und Gleichheit als Ursprungsproblem der Soziologie, in Rainer Nicolaysen (Hg.). *Siegfried Landshut. Politik. Grundbegriffe und Analysen. Band I*, Berlin, 43-188, 52ff.; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

27 Robert S. Lynd 1964 (1939). *Knowledge for What? The Place of Social Science in American Culture*, New York.

3) Landshut machte in seiner *Kritik der Soziologie* auch deutlich, dass sich Disziplinen nicht über Methoden definieren. Disziplinen erwachsen aus einer – das lernte Landshut von Marx (120) – praktischen Fragestellung, die räumlich und zeitlich kontextualisiert ist. Nicht ein methodisch spezifisches und sauberes Vorgehen charakterisiert in erster Linie eine (gute) soziologische Arbeit, sondern eine interessante Fragestellung, mithin eine, die laut Landshut notwendig darin bestand, soziale und politische Phänomene vor dem Hintergrund der zentralen Dialektik von Freiheit und Gleichheit zu untersuchen (185). Obsolet dürfte die damals von Landshut ausgemachte Zentralfrage der Gesellschaftswissenschaften heute nicht sein, ob sie genau so noch gestellt werden kann und muss, darüber lässt sich wohl trefflich streiten. Aber Landshuts Soziologiekritik kann auch heute noch dazu dienen, den gängigen Methoden- und Theoriefetischismus in der Disziplin zu hinterfragen, der darauf hindeutet, dass man nicht mehr an den das Fach bewegenden Sachfragen interessiert und daran orientiert ist, sondern am bürokratischen und reflexionslosen Abarbeiten von irgendwelchen einmal gefundenen oder vorgegebenen Problemen, wie wichtig oder unwichtig diese auch immer sein mögen.

Aus Landshuts zweiter Habilitationsschrift *Historisch-systematische Analyse des Begriffs des Ökonomischen* lässt sich schließlich noch ein weiterer systematischer Punkt gewinnen, der die zuletzt genannten drei Aspekte ergänzt. Auch wenn diese Schrift heute schwerlich als ein Gründungstext etwa der Wirtschaftssoziologie wird gelten können, ist sie nichtsdestotrotz gerade deshalb so interessant, weil Landshut aufgrund seiner historisierenden Vorgehensweise bestimmte differenzierungstheoretische Grundannahmen der Soziologie, konkret jene These von der Ausdifferenzierung der Wirtschaft, fundamental problematisiert. Landshut sieht sehr wohl, dass sich ökonomische Verflechtungen in modernen Gesellschaften nicht mehr so einfach handlungstheoretisch einholen lassen: Den Markt geisteswissenschaftlich analysieren zu wollen, hält er für ein aussichtsloses Unterfangen, zu opak sind die Marktstrukturen und -kräfte geworden, die sich hinter dem Rücken der Akteure herausgebildet haben. Dies aber heißt für ihn eben nicht – und das macht erneut Landshuts Aktualität aus –, dass es eine allgemeine, zeitlose Wissenschaft von der Wirtschaft geben könne.²⁸ Der Markt ist immer schon historisch konstituiert, befindet sich damit immer auch schon im Wandel, womit er der These vom Vorherrschen zeitloser Gesetze in der Ökonomie vehement widerspricht. Auch wenn Landshuts Position mit Blick auf die Ökonomie nicht immer konsistent ist,²⁹ so schärfen seine Reflexionen (im Übrigen auch die theoretischen Probleme, auf die er stößt und die er nicht lösen kann) bei den

28 Siegfried Landshut 2004 (1933). *Historisch-systematische Analyse des Begriffs des Ökonomischen*, in Rainer Nicolaysen. *Siegfried Landshut. Politik*, 189–290, 284f.

29 Birger Priddat 2000. *Der Begriff des Ökonomischen bei Siegfried Landshut*, in Rainer Nicolaysen. *Polis und Moderne*, 147–163.

heutigen Leserinnen das Bewusstsein dafür, dass Soziologie nicht anders als im Modus einer historischen Wissenschaft betrieben werden kann und soll.³⁰

Wolfgang Knöbl ist seit 2015 Direktor des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) und seit 2017 Professor für Politische Soziologie und Gewaltforschung an der Leuphana Universität Lüneburg. Seine jüngste Monographie, gemeinsam mit Thomas Hoebel, ist *Gewalt erklären! Plädoyer für eine entdeckende Prozesssoziologie*.

Eine persönliche Bemerkung zur Rezeption der Schriften von Siegfried Landshut. Jürgen Habermas über Landshuts Begriff des Politischen

Mit seiner Ausgabe von Marx' Frühschriften hatte Siegfried Landshut seit 1932 die Herausbildung eines ›westlichen Marxismus‹ beeinflusst. Die philosophischen Vorentscheidungen seines frühen Hauptwerks, der *Kritik der Soziologie*, hat Landshut auch in der Neugründung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg beibehalten.

Die Lektüre der sehr detaillierten und sorgfältigen Biographie von Rainer Nicolaysen über Siegfried Landshut,³¹ zwei Jahrzehnte nach ihrem Erscheinen, weckt nicht nur den Schmerz über ein weiteres, besonders bedrückendes Emigranten-schicksal, sondern auch ein ambivalentes Erstaunen über den blinden Fleck meiner selektiven Wahrnehmung eines solchen Autors. Ich muss nämlich gestehen, dass ich seit der Zeit meines Studiums mit dessen Namen vertraut bin, aber mit dem Namen keine klare Vorstellung über eine auch noch in der Nachkriegszeit *in persona* vertretene theoretische Position verbunden habe.

Ich hatte mir schon als Schüler aus der örtlichen kommunistischen Buchhandlung die kleinen, von Ostberlin verbreiteten Schriften von Marx und Engels besorgt, weil ich mich für den Marxismus im Zusammenhang mit den Geschichtsphilosophien von Kant und Herder interessierte. Ich war also vorbereitet, als mir die 1953 bei Kröner erscheinenden, von Landshut herausgegebenen und eingeleiteten Frühschriften von Marx in die Hände fielen. In der Einleitung erfuhr man allerdings nichts von der ursprünglich 1932 zusammen mit J.P. Meyer besorgten Ausga-

30 Nicht zuletzt deshalb hat sich das Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) dazu entschlossen, den Siegfried Landshut Preis ins Leben zu rufen, der im Jahr 2018 dem britisch-amerikanischen Soziologen Michael Mann verliehen wurde und der 2019 an den US-Amerikaner George Steinmetz ging. Die damit verbundenen Landshut Lectures rufen dabei Problematiken auf, an denen Landshut zeitlebens gearbeitet hat, vgl. die Website des HIS, verfügbar unter <https://www.his-online.de/das-institut/siegfried-landshut-preis/> (20. Juli 2020).

31 Rainer Nicolaysen 1997. *Siegfried Landshut. Die Wiederentdeckung der Politik*, Frankfurt a.M.

be oder überhaupt von der verwickelten Publikationsgeschichte dieser Manuskripte. Die Ahnungslosigkeit der Leserinnen ist wahrscheinlich der Wirkungsgeschichte, die diese Edition in der frühen Bundesrepublik haben sollte, sogar entgegengeskommen. Ich war ja bei weitem nicht der Einzige mit einem philosophischen und im weiteren Sinne geisteswissenschaftlichen Studienhintergrund, der damals vom jungen Marx fasziniert war. Wie ich später erfuhr, hatten meine Generationsgenossen Heinrich Popitz und Ralf Dahrendorf aus einem ähnlichen Interesse schon ihre Doktorarbeiten über Marx geschrieben. Die Lesart, in der Landshut seinen Marx präsentierte, erschien mir, vielleicht abgesehen von der verzerrenden Akzentuierung des frühen gegen den späteren Marx,³² als ziemlich unauffällig. Sie passte zu meinem Vorverständnis, sodass ich das Spezifische daran nicht bemerkt habe. Marx im Lichte seiner Auseinandersetzung mit Hegel und dem Erbe des deutschen Idealismus zu lesen, war für den westlichen Marxismus im Allgemeinen konstitutiv; der hatte damals nicht nur in den Arbeiten des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Spuren hinterlassen, sondern wurde auch in Frankreich von bedeutenden Autoren wie Kojève, Lefebvre und Goldmann vertreten. Und die Verbindung von Marx mit Max Weber, die Landshut betonte, hatte schon Lukács in *Geschichte und Klassenbewusstsein* hergestellt. Aber zweifellos hat die leichte Zugänglichkeit, die die Landshutsche Ausgabe diesen Texten verschaffte, die breite Resonanz einer bestimmten Lesart von Marx und Engels gefördert. Denn diese stützte eine gut begründete Alternative zu der inzwischen verfestigten Dogmatik des Sowjetmarxismus – ohne diese Texte wäre der Erfolg der bis in die Schulcurricula hinein wirkenden Schriften von Iring Fetscher kaum möglich gewesen. Fetscher und andere haben in den 1950er und frühen 1960er Jahren dem Diamat dadurch die Grundlage entziehen können, dass sie die Unterschiede zwischen den genuinen, dem vorwiegend historisch denkenden Marx zugeschriebenen Motiven einerseits und der Metaphysik der Engelsschen Naturdialektik andererseits herausarbeiteten. Dieses Thema hat beispielweise auch die Marxismusstudien der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg beschäftigt, an deren Diskussionen sowohl Landshut wie Fetscher teilgenommen haben.

In der Weimarer Republik hatte Siegfried Landshut mit der *Kritik der Soziologie* seine wissenschaftliche Reputation begründet. Als diese Studie 1969 unverändert in der 1929 publizierten Fassung wieder aufgelegt wurde, war der Autor soeben gestorben.³³ Aber kein Vorwort und keine Einleitung erinnerten an die tragische Geschichte seiner 1928 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Hamburgischen Universität gescheiterten Habilitation, die mit diesem Buch

32 Siegfried Landshut 1953. Einleitung, in ders. (Hg.). *Karl Marx: Die Frühschriften*, Stuttgart, X: »Die Entwicklung und innere Reife der entscheidenden Grundgedanken von Marx konzentriert sich in die zehn Jahre zwischen 1837 und 1847«.

33 Siegfried Landshut 1969. *Kritik der Soziologie und andere Schriften zur Politik*, Neuwied.

seinerzeit verbunden gewesen war. Ebenso wenig erfuhr man über die aufschlussreiche Tatsache, dass der damals 31-jährige Landshut mit dieser Schrift eine *venia* für »das Fach Politik« erwerben wollte – für ein Fach, das es im deutschen Universitätssystem gar nicht gab. Wenn Landshut eine Pionierleistung vorzuweisen hat, dann bezieht sie sich auf diesen extraordinären Umstand. Er hat nicht nur nach dem Zweiten Weltkrieg als einer der ersten in der Bundesrepublik einen der neugeschaffenen Lehrstühle für Politikwissenschaft eingenommen; er hatte lange vor den volkspädagogischen Aufräumarbeiten, die die überwiegend aus der Emigration zurückgekehrten Inhaberinnen dieser neu errichteten Lehrstühle nach der politischen Katastrophe der NS-Herrschaft bewältigen sollten, für eine in der deutschen Wissenschaftstradition unbekannte Disziplin eine neue Konzeption entwickelt, und zwar ganz aus der philosophischen Gegenwartsanalyse der Weimarer Republik. Diese letztlich philosophisch motivierte Vorstellung von »Politik« wurde erst mit der Wiederveröffentlichung der *Kritik der Soziologie*, also zwei Jahrzehnte nach der Einführung der Politikwissenschaft an den Universitäten der Bundesrepublik, allgemein zugänglich. Aber zu dieser Zeit hat der Ort der Publikation, nämlich die von Wilhelm Hennis und Hans Maier herausgegebene Reihe *Politica*, die Aufnahme der Landshutschen Idee einer »Wissenschaft von der Politik« in gewisser Weise präjudiziert: Er musste ein restaurativ verengtes Verständnis dieser interessanten Idee nahelegen. Denn Wilhelm Hennis hatte in derselben Reihe schon einige Jahre zuvor seine brillante Habilitationsschrift mit einer ähnlichen Intention vorgelegt und sich dabei häufig auf Publikationen von Siegfried Landshut u.a. auch auf dessen *Kritik der Soziologie* bezogen.³⁴ Hennis traf sich mit Landshut nicht nur in der Absicht einer »Rekonstruktion der politischen Wissenschaft«, sondern auch im philosophischen Bezugspunkt dieser Rekonstruktion, dem Rückgang auf den historischen Ursprung der politischen Wissenschaft in der *Politik* des Aristoteles. Aber während Hennis – und in gewisser Weise auch die Schule von Arnold Bergstraesser, aus der der andere Herausgeber stammte – im engeren Rahmen der neugeschaffenen Disziplin eine über Otto Brunner zurückreichende aristotelische Tradition des deutschen Denkens erneuern wollte, hatte die auf den ersten Blick ähnliche Intention von Landshut, der sein Philosophiestudium bei Husserl und Heidegger begonnen hatte, noch ganz andere Wurzeln. Dieser Unterschied zeigt sich schon daran, dass Landshut – bei aller antikommunistischen Frontstellung – zeitlebens an dem epochalen gesellschaftskritischen Grundgedanken von Marx festgehalten hat.

Obwohl ich für das Fach Politikwissenschaft habilitiert worden bin, habe ich es in der akademischen Lehre nicht vertreten. Deshalb war ich mit der internen Geschichte dieser Profession nicht hinreichend vertraut, als ich 1989 im Rahmen

34 Wilhelm Hennis 1963. *Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft*, Neuwied.

einer Vorlesungsreihe der Frankfurter Universität über die Soziologie der Weimarer Republik einen Vortrag halten sollte. Erst in diesem Zusammenhang sind mir die Ursprünge von Siegfried Landshut begegnet.³⁵ Aber mein Thema war eben die Soziologie; daher bin ich nur kurz auf die Reflexionen eingegangen, die den jungen Landshut als eine wichtige Stimme in der Diskussion über das Verhältnis von Marx und Max Weber ausgezeichnet hatten. Er schien zum Konzert jener Stimmen von Karl Mannheim, Hans Freyer und Karl Löwith zu gehören, die noch um das Selbstverständnis der Soziologie als eines neuen Faches kreisten. Aber schon damals hatte Landshut, wie ich nun erst sehe, jene ganz andere Fragestellung verfolgt: Wie angesichts der zugleich vereinzelnden und anonymisierenden Kräfte der modernen Wirtschaftsgesellschaft, die am sozialen Band des Zusammenlebens zerren, der Begriff »des Politischen« wieder gewonnen werden kann. Die *Kritik der Soziologie* richtete sich gar nicht gegen die Soziologie als solche – eine damals noch neue Disziplin, die in Deutschland, mit Verspätung gegenüber Frankreich und den USA, eine professionelle Identität erst ausbildete; Landshut kritisierte daran nur das falsche Bewusstsein der Soziologinnen, die aus seiner Sicht die Tatsache verdrängten, dass ihr Fach selber Ausdruck einer tiefgreifenden, von der historischen Entwicklung selbst ausgelösten Krise ist, und die daher den eigentlichen Grund für den Zerfall der politisch – und eben nicht allein sozial – integrierenden Bindungskräfte nicht wahrnahmen.

Der junge Landshut hat wohl noch jene Vorbehalte der historischen Schule gegen die verallgemeinernden, methodisch eher auf Handlungsmuster statt auf die handelnden Individuen selbst gerichteten Verfahren der Sozialwissenschaften geteilt, die seinerzeit zum Beispiel in der Kontroverse zwischen Ernst Robert Curtius und Karl Mannheim zur Sprache kamen. Jedenfalls betont er die Abstraktion, die die Soziologie von den besonderen historischen Entstehungsbedingungen ihres eigenen Objektbereichs vornimmt, obgleich sich »die Gesellschaft« in der frühen Moderne erst im Zuge der funktionalen Ausdifferenzierung des marktgesteuerten Wirtschaftssystems aus der im Ganzen politisch strukturierten, auf »Land und Herrschaft« basierten Gesellschaftsformation herausbildet. Im nächsten Schritt interpretiert Landshut diese »Trennung von Staat und Gesellschaft« im kritischen Sinne von Feuerbach als »Selbstentfremdung«. Dies ist das Motiv, das ihn mit dem frühen Marx verbindet. Die systemische Verselbstständigung des kapitalistischen Wirtschaftskreislaufes, die Marx allerdings auf die politisch verschleierte soziale Machtausübung einer sozialen Klasse zurückgeführt hatte, subsumiert auch aus Landshuts Sicht die gleichzeitig vereinzelter Individuen einer fremden Macht. Aber anders als Marx begreift er die politische Überwindung dieser kritischen Trennung von Staat und Gesellschaft nicht als dialektische »Aufhebung«

35 Jürgen Habermas 1991. Soziologie in der Weimarer Republik, in ders. *Texte und Kontexte*, Berlin, 184–204, 195f.

des Staats in der emanzipierten Gesellschaft, sondern als die Wiedergewinnung »des« Politischen, das im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung zu einem bloßen »Sachgebiet« (wie Carl Schmitt sich ausdrückte) herabgesetzt worden war. Jene Tendenzen, die Landshut noch aufregten, wird Luhmann später als die selbst-reflexive Schließung eines funktionalen Teilsystems beschreiben, in dem sich die politischen Eliten ihre eigene Legitimation besorgen. Um diese »Disjunktion von Mensch und Welt« zu überwinden, soll die fragmentierte Bevölkerung dadurch die Gestalt einer politischen Gemeinschaft wiedergewinnen, dass sie sich in der konkreten Idee einer vorbildlichen Lebensform selbst anschauen und wiederfinden kann.

In Landshut lässt sich heute der weit vorauslaufende Pionier jener, vom späten Heidegger angeregten Spekulationen über »das Politische« erkennen. Diese Heideggerianerinnen betrachten alles, was empirisch als »die Politik« und »die Politiken« untersucht werden kann, bloß als abgeleitete Phänomene und wollen im Anschluss an Derrida oder Lyotard das unbestimmte Wesen »des« Politischen einkreisen, das sich einer krisengeschüttelten Gegenwart noch entzieht.³⁶ Allerdings hat Landshut diese Idee stets auf die handfestere Gestalt der aristotelischen »Politik« zurückführen wollen, das heißt auf eine unter modernen Lebensbedingungen erneuerte Idee der *polis*. Und für deren Explikation soll – ganz im platonischen Sinne – eine politische Wissenschaft zuständig sein, die das Politische nicht »im adjektivischen Sinne« begreift. Landshut war überzeugt, dass die Politik als Wissenschaft nur *eine* wesentliche Aufgabe hat, nämlich zu klären, »was es mit dem Politischen auf sich hat«.³⁷

Jürgen Habermas ist emeritierter Professor für Philosophie an der Universität Frankfurt. Im November 2019 erschien sein neues Buch *Auch eine Geschichte der Philosophie*. Zu seinen Arbeiten gehören Rekonstruktionen des philosophischen und

36 Thomas Bedorf & Kurt Röttgers (Hg.) 2010. *Das Politische und die Politik*, Berlin; Oliver Marchart 2010. *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin.

37 Als er sich dazu 1956 auf einer Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft erklären musste, hat er freilich eine verblüffend antikisierende, das Vernunftrecht beiseite schiebende Antwort gegeben (die auch eine gewisse Isolierung innerhalb des Faches erklären mag); Siegfried Landshut 1969. Empirische Forschung und die Grundlagenforschung in der Politischen Wissenschaft, in ders. *Kritik der Soziologie*, 307-323, 321: »Allein da kann sinnvollerweise von Gerechtigkeit die Rede sein, wo sich an einem für die Allgemeinheit verbindlichen Vorbild der Lebensführung ermesen lässt, was dem einzelnen und welcher Platz dem einzelnen im Gemeinwesen ihm zukommt: Was *suum cuique* ist. Wo die indifferente Gleichheit eines jeden und jedem das leitende Vorbild ist, hört der Begriff des *suum cuique* auf, eine konkrete und positive Bedeutung zu haben und erhält den negativen Sinn einer Eliminierung aller Unterscheidung für die Existenz einer Gemeinschaft, er bedeutet die Negation eines konkreten Gemeinsamen, d.h. die Negation der politischen Gemeinschaft selbst.«

politischen Denkens deutsch-jüdischer Emigrantinnen, etwa in den *Philosophisch-Politischen Profilen*, oder in »Jüdische Philosophen und Soziologen als Rückkehrer in der frühen Bundesrepublik. Eine Erinnerung« in *Im Sog der Technokratie* (2013).

Fundstück: Wilhelm Hennis – Portrait

Eine Geschichte der Politikwissenschaft in Nachkriegsdeutschland zu schreiben, ohne Wilhelm Hennis zu erwähnen, scheint unmöglich. An den zahlreichen Forschungsbeiträgen, öffentlichen Interventionen und politischen Aktivitäten des Wissenschaftlers ist kein Vorbeikommen. Eine der zahlreichen Stationen auf seinem Werdegang war dabei die Universität Hamburg. Nach Siegfried Landshut war Wilhelm Hennis (1923-2012) von 1962 bis 1967 der zweite Inhaber eines Lehrstuhls für die »Wissenschaft von der Politik« am Institut.

Wie Jürgen Habermas in seinem Beitrag zu diesem Band betont, trafen sich Siegfried Landshut und Wilhelm Hennis in der Absicht, die Politische Wissenschaft im bundesrepublikanischen Nachkriegsdeutschland zu etablieren. Beide, so Habermas, teilten einen historischen Bezugspunkt, die aristotelische *Politik*, welche als ideengeschichtliche Quelle zur »Rekonstruktion der politischen Wissenschaft«, so der Untertitel von Hennis' Habilitationsschrift, diene. Allerdings, so sei festzustellen, kamen beide auf unterschiedlichen philosophischen Wegen zu dieser legitimatorischen Grundlegung. Während Landshut die politische Gemeinschaft als philosophische Folie zur systematischen Kritik an modernen Differenzierungs-, damit Entpolitisierungs- und – mit Marx – (Selbst-)Entfremdungstendenzen diene, wollte Hennis, so Habermas, »im engeren Rahmen der neugeschaffenen Disziplin eine [...] aristotelische Tradition des deutschen Denkens erneuern«.³⁸

Entscheidend war für Hennis vor allem das aristotelische Verständnis der *Politik* als eine auf Handeln ausgerichtete Wissenschaft. Diesen in den neuzeitlichen, empiristisch geprägten Wissenschaften überwiegend vergessenen Aspekt galt es nach Hennis beim Aufbau der Politischen Wissenschaft in Deutschland zu retten bzw. zu rekonstruieren. Die Wissenschaft von der Politik als praktische Wissenschaft also, eine, die Werturteile fällt, eingreift und nach dem normativ Guten, dem Sollen fragt. Landshut und Hennis vereinte also durchaus ein gemeinsames Anliegen, ein gemeinsamer historisch-philosophischer Fixpunkt. Ihr Hintergrund hätte jedoch unterschiedlicher nicht sein können. Auch biographisch stellte Wilhelm Hennis' Werdegang das Gegenprogramm zum von Vertreibung und Exil geprägten Leben Landshuts dar.

1923 geboren, wanderte Hennis im Alter von zehn Jahren mit seiner Familie nach Venezuela aus, kehrte jedoch schon 1937 nach Deutschland zurück, um

38 Vgl. den Beitrag von Jürgen Habermas in diesem Band, S. 41.

Wilhelm Hennis – Portrait (1960er Jahre)

UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte

dort sein Abitur an einem Dresdner Internat abzuschließen. 1942 wurde er in die deutsche Marine eingezogen und diente dort bis zu seiner Entlassung im August 1945. Nur einige Monate nach Kriegsende begann Hennis dann ein Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen. Nach sechs Jahren Studium und erfolgreichem Staatsexamen promovierte er über *Das Problem der Souveränität* bei Rudolf Smend. Schon während seiner Zeit in Göttingen hatte er sich politisch betätigt, war u.a. im SDS aktiv gewesen. Folgerichtig erschien so 1951 der Schritt, in die Hauptstadt Bonn überzusiedeln und dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion zu arbeiten. Durchaus erfolg- und einflussreich assistierte er dem Rechtsexperten der Fraktion, Adolf Arndt, wirkte an präzedenzsetzenden Fällen mit, und doch zog es ihn bald wieder in das akademische Arbeitsfeld zurück.

Bereits 1952 hatte er auf Einladung von Henry Kissinger einen Sommer in Harvard verbracht und Bekanntschaft mit Otto Kirchheimer, Leo Strauss und weiteren Exil-intellektuellen gemacht. 1953 folgte dann der endgültige Schritt zurück in die Wissenschaft – Hennis wurde Assistent von Carlo Schmid am Institut für Politische Wissenschaft in Frankfurt.

In Frankfurt verbrachte er auch den Rest der 1950er Jahre, habilitierte sich 1960 mit einer in der jungen, orientierungssuchenden Politischen Wissenschaft durchaus umstrittenen Schrift, die drei Jahre später unter dem Titel *Politik und Praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft* erschien, und erhielt schließlich – nach einer kurzen Zeit an der Pädagogischen Hochschule Hannover – einen Ruf aus dem Norden: 1962 wurde Hennis der zweite Lehrstuhlinhaber für die »Wissenschaft von der Politik« an der Universität Hamburg.³⁹

Zwar verließ Hennis das Institut bereits nach fünf Jahren wieder, ging 1967 als Nachfolger Arnold Bergstraessers nach Freiburg, wo er bis zu seiner Emeritierung 1988 einen Lehrstuhl für Politische Theorie inne hatte, und doch waren seine »Hamburger Jahre« eine produktive Schaffensphase seines Lebens, ein Brennglas für seine philosophische und politische Arbeit.

Hennis blieb Zeit seines Lebens und parallel zu seiner einflussreichen akademischen Arbeit politisch aktiv, war eine öffentliche Figur. Immer wieder intervenierte er mit Zeitungsbeiträgen und Kommentaren zu aktuellen politischen Fragen, etwa zum Zustand der Parteiendemokratie, war regelmäßiger Autor im *Spiegel* oder im *Hamburger Abendblatt* und auch seine wissenschaftlichen Publikationen, etwa die Schrift *Der Deutsche Bundestag 1949-1965*, die 1966 in der Zeitschrift *Der Monat* erschien, waren eng an tagespolitische Debatten angebunden. Zwei Mal war er auch – von 1946 bis 1958 sowie von 1962 bis 1969 – Mitglied der SPD, beriet die Partei zu rechtlichen und institutionellen Problemen, war etwa Teil eines Beirats zu Fragen einer möglichen Wahlrechtsreform. Doch trat er auch zwei Mal aus Protest aus, zuerst aufgrund der Atompolitik der Sozialdemokratinnen, dann als die Partei die von ihm präferierte Reform zugunsten eines Mehrheitswahlrechts verschleppte. 1968 dann war er ein prominenter Gegner der Studierendenbewegung, vor dem Hintergrund der Weimarer Erfahrungen warnte er vor den totalitären Tendenzen der »68er«, trat aus Gegenprotest zur sozialliberalen Koalition von Willy Brandt für kurze Zeit in die CDU ein.

Ab den 1980er Jahren wurde es etwas ruhiger um Wilhelm Hennis. Nach einem Aufenthalt an der New School in New York 1977/78 fand er seine frühe Leidenschaft für Max Weber wieder, widmete seine letzten Jahre, bis zu seinem Tod im Jahr 2012, den Schriften des Heidelberger Soziologen und wurde einer der

39 Zur Biographie von Wilhelm Hennis vgl. auch Peter Graf Kielmannsegg 2014. Wilhelm Hennis (1923-2012), in Eckhard Jesse & Sebastian Liebold (Hg.). *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung*, Baden-Baden.

wichtigsten Weber-Rezipienten der deutschen Politikwissenschaft. Dabei knüpfte er auch wieder an seinen alten Hamburger Kollegen Siegfried Landshut und dessen Schriften zu Weber an (Text: David Weiß).

Theorie und Praxis der Kanzlerdemokratie. Andreas Anter über Wilhelm Hennis' Hamburger Monographie

Mit der Berufung von Wilhelm Hennis 1962 wurde die Regierungslehre als ein Schwerpunkt des Hamburger Fachgebiets begründet. In seiner 1964 erschienenen, einzigen Hamburger Monographie setzt sich Hennis mit der Regierungstechnik der Bundeskanzler Adenauer und Erhard und der zentralen Bedeutung der Informationsbeschaffung für die Regierungskunst auseinander.

Als Wilhelm Hennis im Jahr 1962 nach Hamburg berufen wurde, schlug er ein neues Kapitel in der Geschichte der Hamburger Politikwissenschaft auf. Er kam an ein Institut, an dem bis dahin nur ein einziger Politikprofessor lehrte, nämlich Siegfried Landshut, seit 1951 der Inhaber des Lehrstuhls für die »Wissenschaft von der Politik«. Landshut, der wohl bedeutendste Kopf unter den Gründervätern des Fachs in der Nachkriegszeit, lehrte vor allem Ideengeschichte und politische Philosophie. Zwar hatte Hennis sich mit seiner großen Studie *Politik und praktische Philosophie* habilitiert, war also auf diesem Gebiet ausgewiesen, aber am Hamburger Institut war der Bereich bereits durch Landshut abgedeckt. So kaprizierte Hennis sich auf das Gebiet der Regierungslehre. Dieses Gebiet war ihm keineswegs fremd. Er hatte bereits Aufsätze über das parlamentarische Regierungssystem, die Politikberatung und die Macht der Verbände veröffentlicht. Aber nun konzentrierte er sich in Lehre und Forschung ganz auf die Regierungslehre – und begründete damit ein Profil, welches das Hamburger Institut in den folgenden Jahrzehnten nachhaltig prägte und mit den Berufungen von Winfried Steffani, Hans-Hermann Hartwich und Joachim Raschke weiter ausgebaut wurde.

Die Hamburger Schule der Regierungslehre, die sich im Laufe der Zeit etablierte, wurde von Wilhelm Hennis initiiert. Das Programm, das er bereits vor seiner Hamburger Zeit entworfen hatte, war das einer Wissenschaft, die auf eine »Kritik unserer Zustände« zielt.⁴⁰ Die Stichworte »Reform«, »Kritik« und »Praxis« durchziehen die Publikationen des jungen Hamburger Politikprofessors wie ein roter Faden. Sein Interesse galt den politischen Institutionen, vor allem dem Parlament und der Regierung. Diese praktische Orientierung lag gewissermaßen auf seinem Weg, denn er hatte nach der Promotion einige Jahre im Bundestag gearbeitet: als

40 Wilhelm Hennis 1999. *Parlamentarische Opposition und Industriegesellschaft* (1956), in ders. *Regieren im modernen Staat*, Tübingen, 1-23, 1.

Fraktionsassistent des SPD-Kronjuristen Adolf Arndt, für den er den Schriftsatz zu jener Verfassungsbeschwerde ausarbeitete, deren Entscheidung als »Lüth-Urteil« des Bundesverfassungsgerichts Rechtsgeschichte machte.

Die einzige Monographie der Hamburger Zeit war jedoch nicht dem Bundestag gewidmet, sondern dem Amt des Bundeskanzlers. Der Titel war programmatisch: *Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik*. Hennis betrachtete das Amt des Bundeskanzlers aus einer Perspektive, die man heute vielleicht zu den *Governmental Studies* rechnen würde. Er fragte: Was heißt eigentlich »Regieren«? Worauf beruht eine erfolgreiche Regierungspraxis? Wie bei seinen anderen Monographien handelt es sich auch hier um ein schmales Bändchen. Hennis schrieb keine dicken Bücher; er interessierte sich für die aktuelle »Lage«. Meist war sein Urteil entsprechend pointiert.

Im Falle von *Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik* galt sein Interesse der Praxis der »Kanzlerdemokratie«, die sich in der Bundesrepublik unter Konrad Adenauer etabliert hatte. Adenauer war für Hennis ein Virtuose der Macht, der in ebenso virtuoser Weise mit den divergierenden Kräften regiert hatte, bevor er, nach vierzehnjähriger Kanzlerschaft, aus dem Amt gedrängt wurde. Der aktuelle Anlass der Publikation war die Amtsführung von Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard, der erst seit einem Jahr im Amt war. Hennis' Diagnose fiel für den unglücklichen Ludwig Erhard jedoch vernichtend aus: Er umgebe sich mit den falschen Leuten, lese keine Akten und sei insgesamt schlecht informiert. Bei einem derart uninformierten und untalentierten Kanzler sei seine nach Art. 65 GG verfassungsmäßig verbrieft »Richtlinienkompetenz« praktisch kaum etwas wert.

Hennis' Befund lautete: Eine erfolgreiche Amtsführung beruhe weniger auf der Richtlinienkompetenz nach Art. 65 GG als vielmehr auf der aktuellen Machtkonstellation wie auch der Persönlichkeit und den Führungsqualitäten des Regierungschefs. Die moderne Kanzlerdemokratie sei mit dem Verfassungsrecht nur bedingt zu erklären: »Eine Verfassung ist keine Zivilprozess- oder Konkursordnung, in der rechtstechnische Präzision der höchste Rechtswert ist. [...] Verfassungssätze sind eben keine Grundbuchvorschriften, wo Recht und Wirklichkeit sich nahtlos decken müssen.«⁴¹

Hennis ging es hier nicht darum, die Verfassung gegen die Verfassungswirklichkeit auszuspielen, wie es bis heute gern gemacht wird. Er wollte vielmehr die Bedingungen einer erfolgreichen Regierungspraxis vor Augen führen. Er war davon überzeugt, dass die Qualität der Politik von den sie bestimmenden Personen, ihrer Führungsfähigkeit und ihrem Informationsstand abhängt. Letzteres sei elementar. Denn wer nicht gut informiert sei, könne auch nicht regieren, jedenfalls nicht gut regieren. »Ein Regierungschef, der schlecht oder gar nicht informiert

41 Wilhelm Hennis 1964. *Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik*, Tübingen, 10, 12; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

ist, kann sich zwar viel Hübsches ausdenken, aber Richtlinien bestimmen kann er nicht« (16). Hennis scheute sich nicht davor, am Schluss einige praktische Tipps für eine erfolgreiche Amtsführung zu geben. Anhand der Amtspraxis von Regierungschefs westlicher Demokratien erläuterte er, dass der Informationsapparat der Schlüssel zu erfolgreichem Regieren sei. Für ihn waren Adenauer, Churchill und Roosevelt wahre Meister der Informationsbeschaffung.

Ein alter Freund von Wilhelm Hennis aus der Göttinger Studienzeit, Horst Ehmke, Patenonkel seines Sohnes Christian, hatte diese Studie sehr aufmerksam gelesen und zog daraus praktische Konsequenzen, als er im Jahr 1969 von Willy Brandt zum Kanzleramtschef berufen wurde. Ehmke baute das Bundeskanzleramt, ganz im Sinne von Hennis, zu einer mächtigen Informationszentrale aus und tat überhaupt alles, um Brandt mit den »richtigen Leuten« zu umgeben und ihn, vor allem, umfassend zu informieren.

Seit jener Zeit ist die Bedeutung der Information, der Informationsbeschaffung und des entsprechenden Informationsapparats zweifellos noch gewachsen. Es war Wilhelm Hennis, der die Regierungstechnik im Jahr 1964 zum Gegenstand der politikwissenschaftlichen Betrachtung machte. Er wählte dabei eine personalistische Perspektive. Denn er war davon überzeugt, dass politische Institutionen vor allem von Personen geprägt werden, eine Sichtweise, die er zwanzig Jahre später in seiner fulminanten Max Weber-Interpretation als »charakterologische« Perspektive deutete.⁴²

Andreas Anter ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Bildung an der Universität Erfurt. Er hat 1994 mit einer Arbeit über Max Weber an der Universität Hamburg promoviert und war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politische Theorie.

Der erste Außenpolitiker am Institut. Otmar Höll über Hans-Peter Schwarz

Hans-Peter Schwarz (1934–2017) war nach Siegfried Landshut und Wilhelm Hennis der dritte Inhaber eines Lehrstuhls für die »Wissenschaft von der Politik« an der Universität Hamburg. Insgesamt acht Jahre, von 1966 bis 1974, forschte und lehrte er in der Hansestadt. Als erster Professor befasste er sich explizit mit Phänomenen der Außenpolitik und der Internationalen Beziehungen.

Hans-Peter Schwarz vertrat bereits gegen Ende der 1960er Jahre eine neue, ungewöhnliche, aber kreativ-innovative Forschungsperspektive, die den Sichtweisen

42 Wilhelm Hennis 1987. *Max Webers Fragestellung. Studien zur Biographie des Werks*, Tübingen.

seiner damals noch bekannteren Kolleginnenschaft durchaus deutlich widersprachen. Über einen langen Zeitraum verteilt waren die von ihm veröffentlichten Beiträge von Grundprämissen getragen, die in ihrer analytischen Perspektive und Werthaltung – auch wenn es scheinbar um Fragen der nationalen Politik ging – die globale, europäische und internationale Dimension im methodischen Design stets mit einbezogen. Bereits in seinen Hamburger und vor allem in den 1970er Jahren, also zu einem recht frühen Zeitpunkt, waren die Beiträge Hans-Peter Schwarz' getragen von einem interdependenztheoretischen, heute könnte man auch sagen: systemischen Ansatz, in dem die Wechselwirkungen zwischen Staaten in ihrer Verflechtung, ihrer Bezogenheit aufeinander und ihrer wechselseitigen Abhängigkeit – also Interdependenz – nicht nur verstanden, sondern auch analytisch in die Erklärung politischer Entscheidungsfindung einbezogen wurden. Die von Völkerrechtlerinnen damals normativ so hochgehaltene national-staatliche »Souveränität« und das aus dem nationalen Inneren kommende »Interesse« als letzter Grundlage staatlichen außen- und sicherheitspolitischen Handelns zweifelte er zu Recht an.

In den spannenden Zeiten nach den Jahren weltweiter studentischer Proteste und politischer Instabilitäten war Schwarz als politischer Denker und Analytiker mit besonderer Affinität zur deutschen, europäischen und internationalen Politik bekannt und geschätzt. Schon in seinen frühen Jahren zählte er zu den angesehensten deutschen Zeithistorikern. Bereits im Jahr 1975, als Schwarz erstmalig als Herausgeber des *Handbuchs zur deutschen Außenpolitik* fungierte, stellte er die enge Verflechtung zwischen Innen- und Außenpolitik als typisch und spezifisch für die damalige internationale Konstellation dar. Auch deutsche Politik war aus seiner Sicht funktional von den sich verändernden internationalen Konstellationen abhängig. Besonders in seinem Handbuchartikel *Die Bundesregierung und die auswärtigen Beziehungen* kommt diese damals noch ungewöhnliche Perspektive besonders klar zum Ausdruck, wenn Schwarz in seiner Analyse der Bedeutung institutioneller politischer Strukturen sehr ausführlich über das Verschwimmen der Unterscheidung zwischen Außen- und Innenpolitik spricht. Hier kommt eine aus damaliger Sicht lange verloren gegangene Perspektive wieder zum Tragen, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts von dem einflussreichen britischen Journalisten und Historiker Norman Angell vertreten wurde und zu dessen Zeit auf große Resonanz stieß. Durch die beiden kurz aufeinander folgenden Weltkriege und dem damit verbundenen ideologischen Rückfall in bereits überwunden geglaubten, zu den bekannten Gewaltexzessen führenden nationalistischen Wahn waren Angells optimistische Perspektiven widerlegt und dann über einen längeren Zeitraum gemieden worden, ja nahezu in Vergessenheit geraten. Erst bei Joseph Nyes und Robert Keohanes richtungsweisenden Publikationen zur »komplexen Interdependenz« des globalen Staatensystems der Zeit nach den 1960er Jahren wurde diese

Perspektive zum neuen »Paradigma«. Hans-Peter Schwarz hatte sie gewissermaßen vorweggenommen.

Ohne dem zeitgeistig neo-marxistisch-linken »Lager« anzugehören, waren Hans-Peter Schwarz' Analysen damit von einer größeren, systemischen Perspektive durchdrungen. Er verstand nationale Politik als eingebettet in das europäische und darüber hinaus in das globale internationale System und somit in konstitutiver Wechselwirkung – bedingt durch die schon damals zunehmend komplexe Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik, Gesellschaften und Staaten. Während der »Mainstream« deutschsprachiger internationaler Forschung stark von Völkerrechtlerinnen dominiert war, die von einer starren national-etatistischen, traditionell macht- und interessengetriebenen Perspektive für außenpolitische Entscheidungen ausgingen, waren die Referenzrahmen für Autorinnen wie Schwarz nicht mehr durch die engen analytischen Grenzen von nationaler Innen- und Außenpolitik begrenzt. Eine für das damalige konventionelle Verständnis von Politik provokante, beinahe revolutionäre Sichtweise.

Hans-Peter Schwarz, im Jahr 1934 geboren, zählte – neben den aus dem Exil zurückgekehrten Vertriebenen – auch zur ersten Generation deutscher Politikwissenschaftlerinnen der Nachkriegszeit, die ihre Distanzierung zu den Ideen und der Politik des Nationalsozialismus deutlich und glaubhaft machen konnten. Als Politikwissenschaftler und Zeithistoriker befasste sich Hans-Peter Schwarz im Rahmen seiner Forschungsarbeiten auch dann, wenn er sich mit der jüngeren nationalen deutschen Geschichte auseinandersetzte, mit ihren internationalen Bezügen. Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik, wie auch die wechselvollen Entwicklungen in Europa und innerhalb der internationalen Ordnung sowie die Rolle der politischen Akteure und Parteien standen im Zentrum seines kritischen Interesses. In seinem zentralen Werk *Vom Reich zur Bundesrepublik – Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949* (veröffentlicht in seinem ersten Hamburger Jahr 1966)⁴³ setzte sich Hans-Peter Schwarz mit den strukturellen Anpassungszwängen im westlichen Nachkriegsdeutschland im Konnex mit den für die Entwicklung der BRD relevanten außenpolitischen Konstellationen auseinander. Und er kritisierte nicht selten die Rolle deutscher Politikerinnen, wenn diese die sich aufgrund neuer internationaler Konstellationen ergebenden Möglichkeiten und Herausforderungen für die Innen- und Außenpolitik nicht mutig genug aufgriffen. Dies tat er auch später noch wiederholt: 1985 provozierte er mit seinem an die deutsche Politik gerichteten Vorwurf der »Machtvergesenheit« einer scheinbar »gezähmten« deutschen Politik, und ab Mitte der 1990er Jahre beschrieb er Deutschland wohl zu Recht als die »Zentralmacht Europas, [...] die ihrer Bestimmung nicht entgehen« könne. Deutschlands wirtschaftliches und

43 Hans-Peter Schwarz 1966. *Vom Reich zur Bundesrepublik – Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949*, Neuwied & Berlin.

politisches Gewicht in Europa und wohl auch im globalen Maßstab verpflichteten aus seiner Perspektive auch zu erhöhter politischer Verantwortung, ja vielleicht auch da und dort zur Führung.

Zeit seines langen und aktiven wissenschaftlichen und publizistischen Lebens fühlte sich Schwarz verpflichtet, neue, sich entwickelnde Dynamiken und Strukturen des internationalen Systems und der Politik aufzuzeigen, und den Streit um das bessere Argument in wissenschaftlichen Kontroversen nicht zu scheuen. Darunter waren auch immer wieder provokante Anstöße in Bezug auf sich abzeichnende neue global- und sicherheitspolitische Trends, die Schwarz nicht allein US-amerikanischen Wissenschaftlerinnen überlassen wollte. Nur zu oft wurden Neuinterpretationen und Vorschläge US-amerikanischer Kolleginnen in Europa allzu geflissentlich und unhinterfragt übernommen, etwa wenn jene vom »Ende der Geschichte«, vom bevorstehenden »Kampf der Kulturen«, oder von »Kampf der Imperien um die Zweite Welt« redeten. Schwarz wollte nicht zuletzt nach dem Ende des Kalten Krieges die neu entstandenen Perspektiven und Dimensionen nationaler bis globaler Sicherheitspolitik aufzeigen und die neu entstandenen Herausforderungen für sicherheitspolitische Planung und wirtschaftlich-politische Orientierung auch, wenn nötig, widerstreitend diskutieren. Mit den Jahren 1989/90 war aus seiner Sicht die »alte« internationale Ordnung zu Ende gegangen, eine neue aber nicht geschaffen worden. Die Zukunft sowohl der deutschen wie auch der europäischen und internationalen Sicherheitspolitik müsse unter den so tiefgreifend veränderten Rahmenbedingungen neu überdacht, neue Strategien vorgeschlagen und gestaltende Maßnahmen wenn möglich zumindest im europäischen Rahmen gesetzt werden.

2008 veröffentlichte Schwarz aus Anlass des im Jahr darauf anstehenden 60. Jahrestages der Gründung der Bundesrepublik den Sammelband *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*. In ähnlicher Weise wie schon 1966 wird ein Resümee bundesrepublikanischer Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nun bis ins erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gezogen. In drei Abschnitten werden längsschnittartig wichtige geschichtliche Ereignisse, die Veränderung im institutionellen Gefüge der Republik und zentrale Themenfelder kritisch und bilanzierend nachgezeichnet. Zwei überaus beachtenswerte Beiträge, am Beginn von Hans-Peter Schwarz selbst über *100 Jahre deutscher Jubiläumsbilanzen*, und am Ende von Peter März über den *Ort der Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, rahmen die mit großem Verständnis für die diversen Zusammenhänge getätigte Verortung der deutschen Geschichte in den facettenreichen internationalen Kontexten des letzten Jahrhunderts. Zu diesem Zeitpunkt war Hans-Peter Schwarz schon nahezu ein Jahrzehnt emeritiert; seiner Leidenschaft zu schreiben und zu kommentieren tat dies aber auch in den Jahren danach keinen wesentlichen Abbruch.

Hans-Peter Schwarz war Zeit seines Lebens nicht nur ein gefragter und geschätzter wissenschaftlich-politischer Sachautor, er war auch als Kommentator

und politischer Berater gerne gelesen und gehört. In der Erinnerung der wissenschaftlichen Peers wird er wohl in erster Linie als kritischer und expressiver Beobachter deutscher gesellschaftspolitischer Realität und Befindlichkeit in einer zuerst langsam, dann sich immer schneller verändernden Welt bleiben. Und es sind überdies seine biografischen Werke über zentrale Persönlichkeiten deutscher Politik und seine dicken Bände über deutsche und internationale Politik, insbesondere die Arbeiten zu Außen- und Sicherheitspolitik, die noch lange aus dem Gesamtwerk herausragen werden. In seinen Einschätzungen und Wertungen von Personen und deren Entscheidungen hielt er sich nie mit Kritik zurück. Es war sein bemerkenswerter persönlicher Stil, aktuelle Probleme beim Namen zu nennen und nicht selten mit unkonventionellen, aber weitsichtigen Ideen und Einschätzungen produktiv zu provozieren und neuen Sichtweisen Raum zu schaffen. Schwarz war insbesondere aber ein stets unabhängiger Beobachter und Analyst, der durchaus auch die Nähe zu den Mächtigen seiner Zeit suchte, sich dennoch nicht an irgendwen oder -was anpasste und seine Überzeugungen immer offenlegte.

Otmar Höll war Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip), außerdem seit 1981 Gastprofessor und Dozent an der Universität Wien, an der Donau Universität Krems und an ausländischen Universitäten. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind globale Probleme der Außen- und Sicherheitspolitik und der politischen Psychologie.

Fundstück: Hans-Peter Schwarz – Portrait

Hans-Peter Schwarz' Hamburger Jahre von 1966 bis 1974 fielen in eine Zeit politischen Aufbruchs und zahlreicher politischer Großereignisse auch an der Universität Hamburg, die heute unter dem Schlagwort der ›68er-Bewegung‹ zusammengefasst werden. Mit seinen zeithistorischen wie politikwissenschaftlichen Vorlesungen vor allem über die Außenpolitik der jungen Bundesrepublik stieß auch Schwarz immer wieder auf die Kritik von linken Studierendengruppen. Im Sommersemester 1971 eskalierte der Konflikt.

Als der 1934 im badischen Lörrach geborene Hans-Peter Schwarz Mitte der 1960er Jahre nach Hamburg kam, hatte er bereits einige akademische Stationen hinter sich. Von 1954 bis 1958 hatte er an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg Politische Wissenschaft, Soziologie, Geschichte und Germanistik studiert, bei Arnold Bergstraesser promoviert und für zwei Jahre als wissenschaftlicher Assistent gearbeitet. Von 1963 bis 1966 folgte ein Aufenthalt an der Pädagogischen Hochschule Osnabrück als Professor für Politische Wissenschaft – und dann, 1966, der Ruf an die Universität Hamburg.

Hans-Peter Schwarz – Portrait (1986)



KAS/Harald Odehnal

Während Schwarz bei Bergstraesser noch über den »konservativen Anarchisten« Ernst Jünger und dessen zeitdiagnostisches Potenzial promoviert hatte, war er in den darauffolgenden Jahren zu einem ausgewiesenen Experten in der noch kaum ausdifferenzierten geschweige denn institutionalisierten Disziplin der Internationalen Beziehungen geworden. Seine ebenfalls 1966 publizierte Habilitationsschrift *Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949* war sofort und für lange Jahre ein Standardwerk in der

Erforschung deutscher Außenpolitik nach 1945 – die Universität Hamburg hatte also einen führenden Forscher in diesem Feld gewinnen können.⁴⁴

In den acht Jahren in Hamburg entwickelte Schwarz seinen Fokus auf die Erforschung der westdeutschen Außen-, Sicherheits- und Europapolitik weiter. Mitte der 1970er Jahre etwa publizierte er das weitgehend in Hamburg entstandene *Handbuch der deutschen Außenpolitik*, das erste seiner Art, in dem Schwarz wichtige systematische Innovationen, wie die wechselseitige Durchdringung von Innen- und Außenpolitik einführte. Ein ganz besonderes Augenmerk lag für Schwarz auch stets auf der Person Konrad Adenauer – später schrieb er mehrere große biographische Bände zu Adenauer, doch schon in den 1970er Jahren beschäftigte er sich immer wieder mit den Kanzlerjahren und außenpolitischen Weichenstellungen des für ihn wichtigsten deutschen Politikers der Nachkriegszeit.

Für die Studierenden in Hamburg bedeutete Schwarz' Schwerpunkt vor allem die erstmalige Möglichkeit einer expliziten Beschäftigung mit Phänomenen der Außenpolitik und Internationalen Beziehungen im Studium der Politischen Wissenschaft. So etwa in der Vorlesung »Theorie der Internationalen Politik« im Wintersemester 1967/68, in der Schwarz über die systematischen Grundbegriffe der Disziplin der Internationalen Beziehungen, aber auch über zeitgenössische Theorien, wie die Systemtheorie, praxeologische Ansätze usw. dozierte.⁴⁵

Doch um Schwarz entwickelten sich in Hamburg auch bald große Kontroversen. Seine Vorlesungen und vor allem auch politischen Aussagen und Aktivitäten wurden in der Studierendenschaft nicht nur positiv rezipiert und stießen auf Kritik, geäußert vor allem von den nach 1968 politisierten und radikalisierten linken Studierendengruppen. Im Sommersemester 1971 erreichten die Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt: Studierende der marxistisch-leninistischen Hochschulgruppe *MSB Spartakus* blockierten mehrere Vorlesungen von Schwarz über »Die Außenpolitik Adenauers und ihre Kritiker«. In Flugblättern und mehrseitigen Informationsbroschüren zu Schwarz' Arbeit kritisierte der *Spartakus* beispielsweise die »antidemokratische Institutspolitik«, die Schwarz zu einer »Personifizierung der Reaktion« mache. So habe er etwa Bemühungen für die Einsetzung eines drittelparitätischen Seminarrats im Nachklapp zu den 68er-Protesten »sabotiert«, den »erzreaktionären ›Theoretiker‹ Armin Mohler« für eine Stelle am Institut vorge schlagen sowie »den Kommilitonen Biermann seines marxistischen Ansatzes wegen von 4 auf 5 ›heruntergeprüft‹«.

Doch vor allem die Forschungsinhalte und politischen Interventionen von Schwarz wurden thematisiert. Seine Wissenschaftsphilosophie sei – ganz dem

44 Eckhard Jesse 2014. Hans-Peter Schwarz (geboren 1934), in Eckhard Jesse & Sebastian Liebold (Hg.). *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung*, Baden-Baden.

45 *Vorlesungsskript Wintersemester 1967/68*, Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte, Ordner: Hans-Peter Schwarz.

Lehrer Bergstraesser und seinem Hamburger Ex-Kollegen Wilhelm Hennis folgend – inhärent konservativer Natur. Der Apologetik des kapitalistischen Staates, die durch Heranziehung des antiken Polis-Modells politiktheoretisch »geweiht werde«, füge Schwarz nun noch die außenpolitische Komponente hinzu. In seiner Forschung sei er klassischer »Kalter Krieger«, der mit der Befürwortung der Adenauerschen Westintegration den »antikommunistischen NATO-Imperialismus« legitimiere.⁴⁶

Nach mehreren gesprengten Vorlesungen – Ereignisse, über die auch das *Hamburger Abendblatt*, *Die Welt* und die *Bild* in mehreren Ausgaben berichteten – stellte sich das Universitätspräsidium um Präsident Peter Fischer-Appelt hinter Schwarz. Gegenüber der Presse versprach Fischer-Appelt notfalls mit Anzeigen für einen Ablauf der Vorlesung in »ungestörter Form« zu sorgen. In einem Schreiben an die *Fachschaft Soziologie-Politikologie* kündigte er an, dass zukünftig in jeder Vorlesung ein Präsidiumsmitglied anwesend sein werde, um strittige Fragen gemeinsam mit Hans-Peter Schwarz zu diskutieren, aber auch um destruktive Störerinnen des Saales zu verweisen.⁴⁷

Ob Hans-Peter Schwarz die Universität Hamburg 1974 auch aufgrund der anhaltenden Kontroversen um seine Forschung und Lehre verließ, bleibt ungeklärt. Weniger präsent ist er jedenfalls auf seinen folgenden Stationen an der Universität Köln sowie in Bonn ab 1987 und auch nach seiner Emeritierung im Jahr 1999 nicht. Weiterhin publizierte er über zentrale Topoi deutscher Außenpolitik, intervenierte öffentlichkeitswirksam in Debatten, wie etwa die Auseinandersetzung über das Verhältnis des geeinten Deutschlands mit Europa und der EU. In allen seinen Publikationen, meist großen, mehrbändigen Ausgaben verband er stets zeitdiagnostische Perspektiven mit politikwissenschaftlichen Analysen, biographischen Darlegungen und zeithistorischen Einordnungen. 2017, in seinem Todesjahr, erschien dann sein letztes, wiederum kontrovers rezipiertes und diskutiertes Werk: *Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten* (Text: David Weiß).

Gewaltenteilung in der repräsentativen Demokratie. Florian Grotz über Winfried Steffanis Schlüsselwerk der Regierungslehre

Winfried Steffani (1927-2000) kam 1967 als Nachfolger von Wilhelm Hennis an die Universität Hamburg. Zuvor hatte er in Berlin bei Ernst Fraenkel studiert und dessen Pluralismustheorie gelernt. Hans-Hermann Hartwich bezeichnete Steffani,

46 Broschüre des MSB Spartakus, Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte, Ordner: Studentische Publikationen.

47 Mitteilung des Präsidiums, Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte, Ordner: Hans-Peter Schwarz.

dessen von Fraenkel inspirierter Neopluralismus Schule machte, einmal als »den Fraenkel-Schüler«. Udo Bermbach, den Steffani nach Hamburg holte, hob ebenfalls den entscheidenden Einfluss Fraenkels hervor. Bermbach zufolge erweiterte Steffani Fraenkels Theorie »vor allem hinsichtlich ihrer normativen Fundamente wie ihrer organisationstechnischen Ausdifferenzierung in Bezug auf die gesellschaftlichen und politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse eines demokratischen-parlamentarischen Regierungssystems, so wie das Grundgesetz es entworfen hat«. ⁴⁸ In der Aufsatzsammlung *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie* von 1979 hat Steffani konzeptionelle Unterscheidungen getroffen, die für die Vergleichende Regierungslehre, das Fach, das er in Hamburg bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1990 repräsentierte, wegweisend waren.

Winfried Steffani – Portrait



UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte

48 Udo Bermbach 1990. Winfried Steffani, in *Universität Hamburg* 2, 63.

Wenn man Standardwerke der Vergleichenden Regierungslehre benennen soll, kommen einem vor allem monographische Abhandlungen in den Sinn. Also beispielsweise Robert Dahls *Polyarchie* (1971), Arend Lijpharts *Democracies* (1984), George Tsebelis' *Veto Players* (2002) oder – im deutschsprachigen Raum – Klaus von Beymes *Parlamentarische Regierungssysteme in Europa* (1970) und Dieter Nohlens *Wahlrecht und Parteiensystem* (1986). Doch auch hier bestätigt die Ausnahme die Regel: *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie* von Winfried Steffani. Dieser 1979 publizierte Sammelband wirkt auf den ersten Blick alles andere als außergewöhnlich. Er vereint unterschiedliche Aufsätze zu »strukturellen Aspekten westlicher Demokratien«, wie der Untertitel verrät. Tatsächlich konzentriert er sich nur auf drei Länder: die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und die USA. Außerdem wurden 13 der 15 Beiträge schon anderenorts publiziert. Gleichwohl ist die Aufsatzsammlung nicht nur das wichtigste und meistzitierte Werk Steffanis, sondern gehört auch zum klassischen Kanon der Vergleichenden Regierungslehre.

Was macht den bleibenden Stellenwert dieser Schrift aus? Sieht man von seiner Dissertation über die Untersuchungsausschüsse im Preußischen Landtag ab,⁴⁹ hat Steffani keine Monographie publiziert. Seine Habilitationsschrift zu Parlamentsfraktionen in Deutschland, Großbritannien und den USA blieb unveröffentlicht. Allerdings floss deren »Quintessenz«⁵⁰ in *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie* ein. Steffani war ein Meister der kleinen Form – ein brillanter Stilist mit ungewöhnlichem Gespür für politisch-institutionelle Strukturtypen, die in komplexen historischen Fällen verborgen sind. Daher sind es auch weniger neuartige empirische Befunde, die seine Schrift von 1979 auszeichnen, sondern vielmehr konzeptionelle Unterscheidungen demokratischer Regierungssysteme, die aufgrund ihrer logischen Stringenz und theoretischen Überzeugungskraft Maßstäbe gesetzt haben.

Das zentrale Begriffspaar der Aufsatzsammlung, das in ihrem Titel anklingt und ihren Nachruhm begründet hat, ist die *fundamentale Differenz zwischen parlamentarischer und präsidentieller Demokratie*. Bereits zuvor hat es zahlreiche Versuche gegeben, den britischen Parlamentarismus und den US-amerikanischen Präsidentialismus klar und sinnvoll voneinander abzugrenzen. Das Besondere an Steffanis Ansatz ist, dass er seine Unterscheidung nur an einem einzigen, formal-institutionellen Kriterium festmacht: der »Abberufbarkeit der Regierung durch das Parlament«.⁵¹ Im parlamentarischen System können die Regierungschefin und ihr Ka-

49 Winfried Steffani 1960. *Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik: ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse*, Düsseldorf.

50 Patrick Horst 2014. Winfried Steffani (1927–2000), in Eckhard Jesse & Sebastian Liebold (Hg.). *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung*, Baden-Baden, 725–738, 729.

51 Winfried Steffani 1979. *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien*, Opladen, 79; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

binett jederzeit durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden, wenn die Abgeordnetenmehrheit dies befürwortet. Im präsidentiellen Regierungssystem ist die Präsidentin, die die Funktionen von Regierungschefin und Staatsoberhaupt auf sich vereint, für eine feste Amtszeit gewählt und kann nicht aus politischen Gründen vorzeitig abgesetzt werden.

Diese institutionelle Differenz führt zu unterschiedlichen Formen der Gewaltenteilung in der repräsentativen Demokratie. Im Präsidentialismus sind Exekutive und Legislative institutionell getrennt, das heißt die Regierung wird durch das Parlament kontrolliert. Im Parlamentarismus sind die Gewalten institutionell verschränkt: Regierung und Parlamentsmehrheit bilden eine »integrierte politische Aktionseinheit« (59). Die Kontrolle der Exekutive wird im Wesentlichen von der parlamentarischen Opposition wahrgenommen, indem sie der Öffentlichkeit ihre inhaltlichen und personellen Angebote präsentiert und sich so als demokratische Wahlalternative empfiehlt. Im parlamentarischen System verläuft die entscheidende politische Trennlinie also nicht zwischen Parlament und Regierung, sondern innerhalb des Parlaments zwischen Regierungsmehrheit und Opposition.

Nach Steffani ergeben sich aus der Grundstruktur des Regierungssystems weitere markante Unterschiede zwischen parlamentarischer und präsidentieller Demokratie. So hat die Regierungschefin im parlamentarischen System die Möglichkeit, das Parlament unter bestimmten Bedingungen aufzulösen. Außerdem haben die Regierungsmitglieder in der Regel ein Abgeordnetenmandat inne. Beides ist im präsidentiellen System funktionslogisch ausgeschlossen. Auch die interne Struktur und Funktionsweise des Parlaments richten sich an dem jeweiligen Regierungssystemtyp aus. Hier führt Steffani ein weiteres Begriffspaar ein, das gleichfalls zum Kernbestand der fachwissenschaftlichen Terminologie gehört: der Gegensatz von Rede- und Arbeitsparlament, der in einem der beiden unveröffentlichten Aufsätze des Sammelbands auf gerade einmal zweieinhalb Seiten entfaltet wird.

Um seine Funktion als demokratische Volksvertretung zu erfüllen, kann ein Parlament unterschiedliche Schwerpunkte setzen und sich entsprechend organisieren. »Ein *Redeparlament* ist ein eminent politisches Parlament« (96). Es präsentiert sich als öffentliche Arena, in der die Volksvertreterinnen um die »großen Linien und Probleme« ringen und die Rollen klar verteilt sind: Plenardebatten sind keine »Überzeugungs-Gespräche«, sondern ein politischer Schlagabtausch »zwischen Regierungschef und Oppositionsführer, zwischen Minister und »Schattenminister«« (ebd.). »[I]n einem derartigen Parlament wird das Zusammenspiel zwischen einer glaubwürdigen, systematischen und überzeugenden Opposition und einer kritischen öffentlichen Meinung zum wichtigsten Element wirksamer politischer Kontrolle« (ebd.). Im *Arbeitsparlament* findet die Regierungskontrolle dagegen nicht über öffentliche Rede und Gegenrede statt, sondern dadurch, dass die Abgeordneten die Gesetzesentwürfe der Ministerialverwaltung in Fachausschüssen beraten und bearbeiten. Hier gewinnt das Parlament »den Charakter einer be-

tont politischen Spezialbürokratie [...], die] die Experten der Exekutive in höchst intensiver und kenntnisreicher Weise um Rede und Auskunft ersuch[t], deren Tätigkeiten und Vorhaben bis zu Detailfragen und Einzelposten hin überprüf[t] sowie gegebenenfalls durch Bestimmungen im vorhinein die Aktionsmöglichkeiten der Exekutive ein[engt]« (97).

Aufgrund derart prägnanter Charakterisierungen fällt die Zuordnung der beiden Parlamentsmodelle zu den Regierungssystemtypen nicht mehr schwer. Das Arbeitsparlament entspricht dem gewaltentrennenden System des US-amerikanischen Präsidialismus, während das Redeparlament zum gewaltentfusionierenden Parlamentarismus britischer Provenienz passt. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Einordnung des deutschen Falls. Steffani (103) beschreibt die Bundesrepublik als ein »stark föderativ relativierte[s] parlamentarische[s] Regierungssystem«. Daher kombiniere der Deutsche Bundestag »auf bemerkenswerte Weise Elemente beider Parlamentstypen«. Hier liegt es vor allem an der Opposition, »welche[r] Charakterzug stärker zur Geltung gelangt [...]: der eines arbeitenden Redeparlaments, dessen Plenum weit mehr ist als eine Abstimmungsregistratur, oder der eines redenden Arbeitsparlaments, [...] in dem die Opposition ein Höchstmaß an unmittelbarer Mitwirkung, ja eine indirekte Regierungsbeteiligung zu gewinnen versucht – und darüber ihre kritische, öffentlich wirksame Kontrollfunktion im Plenum selbst vernachlässigt« (ebd.).

Die wenigen Zitate verdeutlichen, mit welcher Klarheit und Trennschärfe Steffani argumentiert. Für die drei untersuchten Länder sind seine Einsichten noch immer hochplausibel. In einer breiteren, international vergleichenden Perspektive zeigen sich freilich die Grenzen seines Untersuchungsansatzes. Dies gilt insbesondere für semi-präsidentielle Systeme wie die Weimarer Republik oder das gegenwärtige Frankreich, in denen eine direkt gewählte Staatspräsidentin mit politisch bedeutsamen Kompetenzen einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung gegenübersteht. Nachdem sich solche Regierungssysteme nach 1989/90 im post-sozialistischen Osteuropa und anderen Weltregionen stärker verbreitet haben, besteht weitgehend Konsens, dass die Grundunterscheidung zwischen Parlamentarismus und Präsidialismus nicht mehr ausreicht, um die vielfältigen Funktionsprofile exekutiv-legislativer Beziehungen angemessen zu erfassen. Steffani hat dagegen die Etablierung eines dritten Systemtyps immer kategorisch abgelehnt und seine »Entscheidung für nur ein primäres Unterscheidungsmerkmal«⁵² vehement verteidigt. Hinzu kommt, dass er nie auf Englisch publiziert hat und auch seine Schriften nicht übersetzt wurden. So ist es zu

52 Winfried Steffani 1996. Parlamentarisch-präsidentielle-»Mischsysteme«? Bemerkungen zum Stand der Forschung in der Politikwissenschaft, in Otto Luchterhand (Hg.). *Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS*, Berlin, 11-62, 43.

erklären, dass die aktuelle Forschungsliteratur zur Typisierung von Regierungssystemen kaum explizit auf seinen Band von 1979 Bezug nimmt. Gleichwohl bleibt Steffani im Verborgenen präsent: Über die semi-präsidentiellen Zwischenformen zwischen Parlamentarismus und Präsidialismus wird nach wie vor kontrovers diskutiert; unstrittig ist allein, dass die politische Abberufbarkeit der Regierung durch das Parlament ein zentrales Kriterium zur Unterscheidung demokratischer Regierungssysteme bildet. Insofern stehen die heutigen Vertreterinnen der Vergleichenden Regierungslehre auf Steffanis Schultern, selbst wenn sie *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie* nie gelesen oder zitiert haben.

Florian Grotz ist seit 2013 Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft, insbesondere Vergleichende Regierungslehre an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg. Nach einem Studium der Politikwissenschaft, Slawistik und Philosophie an der Universität Heidelberg wurde er dort 1999 promoviert. 2007 habilitierte er sich an der Freien Universität Berlin.

Kampf um sozialwissenschaftliche Professionalisierung. Rainer Schmalz-Bruns über Hans-Hermann Hartwich und die Stellung des Hamburger Instituts in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)

Hans-Hermann Hartwich (1928-2018) hatte von 1973 bis zu seiner Emeritierung 1995 den Lehrstuhl für Innenpolitik an der Universität Hamburg inne. 1982 bis 1988 war er Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Nach der deutschen Vereinigung übernahm er bis 1994 das Gründungsdekanat »Philosophie und Sozialwissenschaften« an der Martin-Luther-Universität Halle an der Saale. Hartwich starb am 12. Oktober 2018, wenige Wochen vor seinem 90. Geburtstag.

Dass sich Hamburg bereits seit Mitte der 1960er Jahre zu einem wichtigen politikwissenschaftlichen Standort in Deutschland entwickelt hat und dass die Repräsentantinnen des Instituts eine immer wieder entscheidende Rolle in der Entwicklung des Faches gespielt haben und von Hamburg fachgeschichtlich prägende Wirkungen ausstrahlten, mag man schon dem Umstand entnehmen, dass – beginnend mit Siegfried Landshut in den Jahren 1964 und 1965 – bis zum Jahr 2000 insgesamt noch fünf weitere Vorsitzende der DVPW am Hamburger Institut forschten und lehrten: Winfried Steffani (1971-1973), Udo Bermbach (1975-1977), Hans-Hermann Hartwich (1983-1988), Michael Th. Greven (1994-1997) und Christine Landfried (1997-2000). Diese Massierung von Einfluss und Verantwortung in wichtigen und teilweise sehr entscheidenden Phasen der Fachentwicklung mag zum Teil kontingente Gründe haben, und sie hat sicher mit prägenden Personen ebenso zu tun wie mit dem

sukzessiven Ausbau des Hamburger Instituts zu einem der zwischenzeitlich größten politikwissenschaftlichen Institute in Deutschland – ein Prozess, der mit der Einrichtung eines Lehrstuhls für die »Wissenschaft von der Politik« mit dem langjährigen Inhaber Siegfried Landshut bereits 1951 begann (dem dann 1966 zunächst Hans-Peter Schwarz bis 1974 und später Klaus Jürgen Gantzel ab 1974 nachfolgten) und der sich über die Einrichtung eines weiteren Lehrstuhls 1962 und dessen Besetzung mit zunächst Wilhelm Hennis (1962–1967, dann ab 1967 Winfried Steffani), der Schaffung einer Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte 1971 (Udo Bernbach) und für Innenpolitik 1973 (Hans-Hermann Hartwich) zunächst entsprechend der allgemeinen Fachentwicklung langsam, aber stetig fortsetzte und dem dann ab Mitte der 70er Jahre innerhalb eines kurzen Zeitraums ein Sprung von vier auf insgesamt neun Professuren folgte. Aber man wird vermuten dürfen, dass dabei weitere organisatorische und historische Bedingungen und letztlich auch das politikwissenschaftliche Selbstverständnis sowie die darin eingelassenen methodologischen und theoretischen Orientierungen eine Rolle gespielt haben.

So sollte man in infrastruktureller wie organisatorischer Hinsicht zunächst den Umstand nicht außer Acht lassen, dass die Geschäftsstelle der DVPW schon 1969 von Berlin nach Hamburg überführt wurde und dort bis 1988 in den Händen der ursprünglichen Geschäftsführerin Barbara Sindermann (heute Bröcker) wie der Geschäftsführer Bernd Andresen, Volker Bartsch, Götz Wewer und Stephan von Bandemers unabhängig vom zwischenzeitlichen Wechsel des DVPW-Vorsitzes zu Hans Maier (1969–1971), Klaus von Beyme (1973–1975) und Thomas Ellwein (1977–1981) verblieb.⁵³ Darüber hinaus ist es sicher nicht unbeachtlich, dass mit Siegfried Landshut einer der führenden Köpfe der Gründergeneration der Politikwissenschaft die erste Hamburger Professur für die »Wissenschaft von der Politik« innehatte und dass mit Winfried Steffani und Hans-Hermann Hartwich zwei unmittelbare Schüler der am Berliner Otto Suhr-Instituts (OSI) versammelten Gründerväter (Steffani als langjähriger Assistent Ernst Fraenkels und Hartwich als Schüler Gert von Eynerns) die mit diesen Namen wie vor allem mit dem Wolfgang Abendroths verbundene Idee einer kritischen Politikwissenschaft⁵⁴ aufnehmen und in

53 Die Liste der Vorsitzenden der DVPW inkl. der Kurzbiographien wie der jeweiligen Geschäftsführerinnen ist dem von Jürgen W. Falter und Felix W. Wurm herausgegebenen Band zu entnehmen; dies. (Hg.) 2003. *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 50 Jahre DVPW*, Wiesbaden, 246–261.

54 Die Idee einer kritischen Politikwissenschaft bildet gleichsam den konzeptionellen Angelpunkt der Habilitationsschrift Hans-Hermann Hartwichs über Sozialstaatspostulat und gesellschaftlichen status quo, die in der ersten Auflage 1970 beim Westdeutschen Verlag erschienen ist. »Kritisch« wird dabei als gegen die unkritische und damit affirmative Hinnahme der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet gefasst, wonach die Politikwissenschaft, wie Hartwich formuliert, erst dann und dadurch kritisch wird, »wenn die Lehre von der ›pluralistisch-rechts- und sozialstaatlichen‹ Grundordnung (Fraenkel) die gesellschaftlich-ökonomischen Grundstrukturen, die Produktionsverhältnisse und die sich aus Besitz, Ver-

die in den 1970er und 80er Jahren virulente Auseinandersetzung um das Selbstverständnis der Politikwissenschaft »als modernes und anerkanntes Universitätsfach«⁵⁵ überführen konnten.

Sicher wird man in diesem Zusammenhang schließlich einerseits etwa Göttrik Wewers Einschätzung zustimmen müssen, dass es so etwas wie eine »Hamburger Schule« jedenfalls damals nicht gab;⁵⁶ aber man wird andererseits auch ein in diese Auseinandersetzungen insbesondere von Bermbach in den 1970er Jahren und zum Teil auch von Hartwich in die Professionalisierungsdebatte des Faches in den 1980er Jahren vermitteltes theoretisches und theoriepolitisches Grundmotiv nicht übersehen können. Hartwich bemühte sich zwar nachträglich, seine 1969 am OSI eingereichte Habilitationsschrift zum Sozialstaatspostulat⁵⁷ und die dort angelegten Ideen zu einer Weiterentwicklung einer kritischen Politikwissenschaft im Zusammenhang der 1983 vollzogenen Abspaltung der DGfP von der DVPW auf den Status eines nurmehr »äußerlich probate[n] Aufhänger[s] für die Abspaltung«⁵⁸ herabzustufen – aber er wählte im »Sozialstaatspostulat« wohl nicht zufällig an entscheidender Stelle eine Referenz auf Jürgen Habermas' erkenntniskritische Disposition einer kritischen Sozialwissenschaft als Bezugspunkt der programmatischen Erläuterung seines fachlichen Selbstverständnisses: »Das Interesse des Verfassers richtet sich dabei sowohl auf die Weiterentwicklung seiner eigenen Wissenschaft, der Politikwissenschaft, insonderheit dort auf den Bereich ›Innenpolitik‹, als auch auf die politische Relevanz seiner Arbeit. Sein Erkenntnisinteresse [...] ist, in der Sprache von Habermas, kritisch im Sinne des Interesses an der Erfassung ›ideologisch eingefrorener, im Prinzip aber veränderlicher Abhängigkeitsverhältnisse‹.«⁵⁹ Vor diesem Hintergrund ging es in diesem sehr umfangreichen und im Einzelnen höchst detaillierten Werk unter Bezug auf den Sozialstaatsgrundsatz

fügungsgewalt und Privilegien ergebenden Machtverhältnisse und Manipulationsmöglichkeiten einbezieht« (Hans-Hermann Hartwich 1970. *Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status Quo*, Köln & Opladen, 353). In diesem Zusammenhang ist es durchaus nicht unerheblich, daran zu erinnern, dass Abendroth als wesentlicher Protagonist der Sozialstaatsdebatte in den 1950er und 60er Jahren und als der namhafteste Vertreter der Forderung nach einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft als Schlüssel für das alternative Sozialstaatsmodell eines demokratischen Sozialismus dem Vorstand oder Beirat der DVPW seit ihrer Gründung 1951 durchgängig bis 1971 angehört hat. Vgl. Jürgen W. Falter & Felix W. Wurm. *50 Jahre DVPW*.

- 55 So Hans-Hermann Hartwich 2003. Die DVPW in Jahren der Krise und der Erneuerung 1983 bis 1988, in Jürgen W. Falter & Felix W. Wurm. *50 Jahre DVPW*, 40.
- 56 Göttrik Wewer 2014. Hans-Hermann Hartwich, in Eckhard Jesse & Sebastian Liebold (Hg.). *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung*, Baden-Baden, 317–329, 322.
- 57 Hans-Hermann Hartwich. *Sozialstaatspostulat*.
- 58 Hans-Hermann Hartwich. *DVPW in den Jahren der Krise*, 37.
- 59 Vgl. Hans-Hermann Hartwich. *Sozialstaatspostulat*, 352.

in Art. 20, Abs. 1 des Grundgesetzes um die Nachzeichnung der politischen Prozesse, grundlegenden argumentativen Kontroversen und der Bundesgesetzgebung in den Jahren 1949 bis 1961, in denen sich die ursprüngliche Spannung zwischen der normativen Offenheit des Sozialstaatsgrundsatzes, die durch die verfassungsrechtlich offen gelassene Wahl zwischen zwei alternativen Sozialstaatsmodellen – dem des sozialen Kapitalismus einerseits und des demokratischen Sozialismus andererseits – charakterisiert war, und der Faktizität des ökonomischen Wiederaufbaus und des darin eingelassenen Imperativs der Erhaltung und Wiederherstellung der überkommenen Vermögenssubstanzen und Besitzverhältnisse⁶⁰ als Ausdruck des gesellschaftlichen status quo immer mehr zugunsten der Faktizität der sozialen Marktwirtschaft auflöst. Zugleich beabsichtigt – und das ist entscheidend – Hartwich mit dieser für die Entwicklung des Fachs wichtigen Arbeit, die allein in den 1970er Jahren drei Auflagen erlebte, aber mehr, als nur einen Rückblick auf die Prozesse der politischen und sozialen Schließung einer normativ zunächst offenen Konstellation zu organisieren. Vielmehr kommt es ihm darauf an, die Analyse so anzulegen, dass durch die schrittweise zu einer Art zweiten Natur stilisierte Faktizität des »sozialen Kapitalismus« hindurch die politischen Gestaltungspotenziale wieder in den Blick geraten, die im Zusammenhang einer normativ angemessenen Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse unter den veränderten Bedingungen einer nunmehr industriegesellschaftlichen Moderne zu bergen wären: Letztlich ist es dieser programmatische Impuls, den Hartwich noch in den 80er Jahren wieder aktivieren sollte, um das Profil einer modernen, kritischen Politikwissenschaft zwischen fachlicher Professionalisierung einerseits und der Wiederbelebung der klassischen Grundfragen des Fachs als Demokratiewissenschaft andererseits so nachzuzeichnen, dass es im Anschluss an die Kontroversen der 1970er Jahre wieder in einen breiten Konsens aller Beteiligten überführt werden konnte.⁶¹

Diese grundmotivische Disposition tritt bei Udo Bernbach sowohl in theoretischer wie in theoriepolitischer Hinsicht gewiss deutlicher zutage,⁶² aber man geht

60 Ebd., 54.

61 Vgl. Hans-Hermann Hartwich. *DVPW in den Jahren der Krise*, 39; Hans-Hermann Hartwich. *Sozialstaatspostulat*, 14, 352ff. et passim und Hans-Hermann Hartwich 1985. *Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zu den Grundfragen der Politikwissenschaft*, Opladen.

62 Dieses Theoriemotiv bildete nach Innen im Hinblick auf die Diskussionen in Udo Bernbachs Kolloquium wie nach außen u.a. durch die von Bernbach betriebene Einladung an Habermas zum Duisburger Kongress 1975, die gegen massives Widerstreben Brachers von ihm durchgesetzte Einladung Claus Offes zum Bonner Kongress 1977 und die wesentlich von ihm betriebene Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Hamburg an Habermas im Jahr 1989. Seine fachinterne Bedeutung hat es in der Folge dann auch über die von Bernbach ausgehende Gründung der Sektion »Politische Theorie und Ideengeschichte« 1984 entfalten können.

wohl insgesamt und auch unter dem Eindruck der in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre dann vollzogenen personellen Entwicklung und der Berufungen Klaus Jürgen Gantzel und Rainer Tetzlaffs für die Internationale Politik und Joachim Raschkes für die Parteien- und Bewegungsforschung nicht völlig fehl, wenn man den fachlichen und fachgesellschaftlichen Status des Hamburger Instituts auch auf den langen Schatten zurückführt, den das fachliche und theoretische Selbstverständnis seines Gründervaters Landshut trotz allem dann doch geworfen hat.

Jenseits dessen gilt selbstverständlich auch, dass jede dieser Perioden, in denen Kolleginnen des Hamburger Instituts als Vorsitzende des Fachverbandes (mit gestaltend auf die Entwicklung des Faches insgesamt einwirkten, unter spezifischen fachgeschichtlichen Konflikten gestanden hat, die sich nicht alle zu der Art von Herausforderungen bündeln lassen, die sich aus den inneren und äußeren Krisenerscheinungen der deutschen Politikwissenschaft in den 1970er und frühen 1980er Jahren ergaben. Wenn ich mich vor diesem Hintergrund im Weiteren vor allem auf das Wirken Hans-Hermann Hartwachs als Vorsitzender der DVPW von 1983 bis 1988 beziehe, dann deshalb, weil in dieser Zeit das gewiss zähe und konfliktreiche Ringen um ein modernes Selbstverständnis des Fachs erneuten inneren und äußeren Belastungs- und Bewährungsproben ausgesetzt war: Nach innen entzündeten sie sich vor allem an der spätestens mit dem Berliner Kongress 1982 zu »Gesellschaftliche[n] Probleme[n] als Anstoß und Folge von Politik« sichtbar gewordenen Prominenz der Policy-Forschung in der Disziplin, die in ein erweitertes Selbstverständnis ebenso integriert werden musste wie die von außen, also von den Wissenschaftsministerien, der KMK und den Forschungsförderinstitutionen (vor allem der DFG) immer dringlicher erhobenen Professionalisierungserwartungen bzgl. der Inhalte, Methoden und Studiengänge der Politikwissenschaft und der wesentlich auf diese Konflikte zurückzuführenden Abspaltung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) im Jahr 1983.⁶³

In dieser im unmittelbaren Anschluss an den Rücktritt Manfred Hättichs vom Vorsitz der DVPW im Frühjahr 1983 vollzogenen Neugründung speiste sich gewiss aus einer ganzen Reihe von Motiven, die jenseits von oft kolportierten persönlichen Verletzungen⁶⁴ sowohl auf die Nachwirkungen der ideologischen Konfrontationen in den 1970er Jahren, aber auch auf durch die Professionalisierungsdebatte in den 1980er Jahren zurück- und vorgeifende und sehr kontroverse Artikulationen des inhaltlichen und methodischen Selbstverständnisses der Disziplin, auf einen seit

63 Vgl. dazu Hans-Hermann Hartwich. *DVPW in den Jahren der Krise*; Arno Mohr 2003. Die Entwicklung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in den vergangenen 20 Jahren – Schlaglichter, in Jürgen W. Falter & Felix W. Wurm. *50 Jahre DVPW*, 99-134; Wilhelm Bleek 2001. *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München; Göttrik Wewer, *Hans-Hermann Hartwich*.

64 Vgl. neben den in der Fußnote zuvor genannten Arbeiten dazu auch Manfred Hättich 2003. Die Abspaltung von der DVPW, in Jürgen W. Falter & Felix W. Wurm. *50 Jahre DVPW*, 135-136.

den frühen 70er Jahren stetig gewachsenen ordinariellen Unmut über eine neue, sich vor allem auf die Integration des Mittelbaus richtende Mitgliedspolitik ebenso zurückgingen wie sie sich an der Frage der Wahl der Fachgutachter bei der DFG und damit an Fragen der Kontrolle der DFG-Forschungsausgaben entzündeten. Ganz wie das Thema des Berliner Kongresses (»Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik«) es wollte, bestand die Leistung Hans-Hermann Hartwichts, als er zunächst kommissarisch und dann als 1983 gewählter und 1985 wiedergewählter Vorsitzender die Leitung der DVPW für insgesamt fünfzehn Jahre übernahm, vor allem darin, die Folgen sich kumulierender Problemlagen in einen Anstoß für eine innere Reform des Verbandes und des Faches und so eine Krisensituation in ein Lehrstück darüber zu verwandeln, wie diese Situation durch eine, wie Arno Mohr notiert, »Politik des kalkulierten ›Jetzt erst recht‹, hinter der ein echter Wille zur inneren Reform gestanden hat, aufgefangen, produktiv verarbeitet und letztlich gemeistert worden ist«. ⁶⁵ Maßgeblich für diesen Effekt war, dass Hartwich es verstand, diese Konstellation zum Anstoß einer strategisch höchst wirkungsvollen Fokussierung auf die drei Problembereiche Forschungsförderung, Studienreform und Selbstverständnisdebatte zu nehmen und diese organisatorisch unter Rückgriff auf den Forschungsausschuss sowie den »Ständigen Ausschuss für Lehre und Studium« in die 1982 von der KMK gebildeten überregionalen Studienreformkommissionen einerseits wie in die koordinierte Wahl der DVPW Fachgutachter 1984 so zu kanalisieren, dass die vier professoralen Mitglieder der KMK-Fachkommission »Politikwissenschaft/Soziologie« mit Manfred Hättich, Thomas Ellwein, Michael Th. Greven und Hans-Hermann Hartwich durch die Politikwissenschaft gestellt wurden, während es andererseits gelang, den forschungsstrategisch wichtigen Einfluss der DVPW über die Fachgutachterwahlen der DFG mit Fritz W. Scharpf, Franz Nuscheler, Carl Böhrer, Winfried Steffani, Udo Bermbach und Michael Th. Greven sehr eindeutig abzusichern. ⁶⁶ Im Ergebnis der Arbeit der Studienreformkommission konnte so ein Konsens bezüglich der Minimalanforderungen an ein politikwissenschaftliches Studium erreicht und stabilisiert werden, der fünf Teilbereiche in Form der Verabschiedung einer entsprechenden Empfehlung 1986 festschreiben konnte: Politische Theorie und Politische Philosophie, Methoden, das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Analyse und Vergleich politischer Systeme, schließlich Internationale Beziehungen und Außenpolitik. ⁶⁷

Diese nach außen erfolgreiche Festigung der Politikwissenschaft als anerkanntes Universitätsfach bedurfte freilich – und die diesbezüglichen Anstrengungen bildeten gleichsam die dritte Säule der Strategie Hartwichts – einer Vermittlung

65 Arno Mohr. *Die Entwicklung der DVPW*, 132.

66 Vgl. Hans-Hermann Hartwich. *DVPW in den Jahren der Krise*, 36, 41.

67 Vgl. Arno Mohr. *Die Entwicklung der DVPW*, 121.

auch nach innen. In dieser Richtung erwiesen sich wiederum zwei Elemente als entscheidend: Einerseits die bereits von Ellwein in seiner Zeit als Vorsitzender angestrebte und ab 1984 sich vollziehende Bildung von Sektionen⁶⁸ und andererseits mit den Symposien des Vorsitzenden die Erfindung einer neuen Form der innerverbandlichen Selbstverständnisdebatte, als deren Ergebnis man »eine Art Durchbruch zu einer neuen Kollegen-Kooperation innerhalb der DVPW«⁶⁹ annehmen kann und deren Ziel Hartwich selber so umrissen hat: Vor allem mit dem Symposium von 1984 in Hannover zu dem Thema »Das Selbstverständnis der Policy-Forschung und ihr Verhältnis zu den Grundfragen der Politikwissenschaft« ging es ausdrücklich »um das Grundproblem, gleichsam auf der Höhe der Zeit Politikwissenschaft in Lehre und Forschung zu betreiben und dennoch die Wurzeln des Fachs nicht aus den Augen zu verlieren«.⁷⁰

Rainer Schmalz-Bruns war bis zu seinem Tod im März 2020 Professor für Politische Ideengeschichte und Theorien der Politik an der Leibniz-Universität Hannover. Er hat an der Universität Hamburg Politikwissenschaft studiert, 1986 mit einer Arbeit zur *Praxistheorie im Widerstreit* promoviert und sich 1994 mit einer Studie zur *Reflexiven Demokratie* habilitiert.

Empirische Kriegsforschung mit sozialtheoretischem Tiefgang. Klaus Schlichte über Klaus Jürgen Gantzel und die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) war seit den 1980er Jahren ein zentraler Pfeiler der Hamburger Politikwissenschaft. Seit ihrer Gründung durch Klaus Jürgen Gantzel (*1934) gehörten die akademische Aufarbeitung und politische Bekämpfung von Kriegsursachen zu den wichtigsten Arbeitsgebieten des Forschungszusammenhangs.

Es soll kein Nachruf sein, auch wenn es um die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung nicht gut bestellt ist. In diesem Jahr wird sie vierzig Jahre alt und schon jetzt hat sie Chancen, als längste Lehrveranstaltung der Welt in die Annalen der Wissenschaft einzugehen. Mit »Bologna« sah es schon vor Jahren so aus,

68 Die 1984 auf Betreiben Udo Bernbachs gebildete Sektion für »Politische Theorien und Ideengeschichte« mag hier als Beispiel auch deshalb dienen, weil es ihr erfolgreich gelang, die im »Grauen Plan« der DFG enthaltene Anregung zur Einrichtung von Schwerpunktbereichen mit der Etablierung des Schwerpunktprogramms zur »Theorie politischer Institutionen« erfolgreich aufzugreifen und so auch das Forschungsprofil der für die politikwissenschaftlichen Lehre konstitutiven Teilbereiche des Fachs entscheidend zu fördern.

69 Hans-Hermann Hartwich. *DVPW in den Jahren der Krise*, 42.

70 Ebd., 41.

als hätte ihr letztes Stündlein geschlagen, aber dank Unterstützung aus dem Institut für Politikwissenschaft und der freiwilligen Zusatzarbeit vieler Politikwissenschaftlerinnen in Hamburg hat sie den Anschlag auf die forschende Lehre überstanden, den die Gleichmacherei der Bologna-Reform bedeutete.

Als durchlaufende Veranstaltung der »forschenden Lehre« wurde sie 1981 vom jetzigen Emeritus Klaus Jürgen Gantzel geschaffen. Um zu verstehen, was die AKUF war und ist, führt kein Weg um die Hauptperson herum:

Klaus Jürgen Gantzel, 1934 in einer Kaufmannsfamilie in Köln geboren, kam 1975 an die Universität Hamburg, um den Lehrstuhl »Internationale Beziehungen« zu übernehmen. Er gehört zu der Generation von Politikwissenschaftlerinnen, die den Zweiten Weltkrieg selbst erlebt haben. Und er erzählte davon im »Grundkurs I« im damaligen Diplom-Studiengang, in einer Sitzung, die »Der Prof zum Anfassen« hieß und die Idee von Bourdieus *Ein soziologischer Selbstversuch* vorwegnahm. Gantzel setzte darin seine wissenschaftliche Entwicklung in Beziehung zu seiner Biographie. Die brennenden Städte der letzten Kriegsmonate spielten darin offenbar eine prägende Rolle. Sein erstes Studium zum Diplom-Kaufmann genügte ihm in den 1960er Jahren nicht mehr, sein Interesse für die Politikwissenschaft war Teil einer allgemeinen Politisierung der Bundesrepublik. Mit Dieter Senghaas (*1940), Ekkehart Krippendorf (1934-2018), Gilbert Ziebura (1924-1913) und vielen anderen war Gantzel Teil der in der deutschen Politikwissenschaft starken Fraktion von Antimilitaristinnen und Friedensbewegten, die in den 1960er Jahren politisiert wurden und als liberale Linke zu Professorinnen wurden. Besonders in der auch heute noch aktiven »Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung« (AFK) hat sich diese Tradition nachhaltig in den deutschen Sozialwissenschaften verankert. Im Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und in der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt a.M. hat diese Forschungsrichtung zugleich große Forschungsinstitute entwickelt.

Das Thema Krieg stand schon im Mittelpunkt von Gantzels Werk, als er nach Hamburg kam. *System und Akteur*, seine Habilitationsschrift von 1972, ist eine Kritik der gängigen Theorien der Kriegsursachen. Auch ein Sammelband über die Ursachen des Ersten Weltkriegs stammt aus dieser Zeit. In den Folgejahren entstanden aber auch Werke zu anderen Themen, so zum Beispiel Beiträge zum Kolonialismus, zur Geschichte des Hamburger »Instituts für Internationale Angelegenheiten« – hervorgegangen aus dem 1923 gegründeten »Institut für Auswärtige Politik« in Hamburg, eines der ersten Friedensforschungsinstitute weltweit. Dieses Institut leitete Gantzel bald, zusammen mit dem Völkerrechtler und späteren Wissenschaftssenator und Zweiten Bürgermeister Hamburgs Ingo von Münch.

Der Haupteffekt von Gantzels Wirken am Institut für Politikwissenschaft war jedoch ein anderer: Durch ihn entstand die einmalige Kombination von empirischer Kriegsforschung mit sozialtheoretischem Tiefgang. Gantzel brachte schon

1975 ein internationales Netzwerk mit anderen Kriegsursachenforscherinnen mit, das jenseits methodischer Dogmen und politischer Grenzen funktionierte. David Singer (Ann Arbor, Michigan), Peter Wallensteen (Uppsala) und besonders der Ungar Istvan Kende gehörten dazu.

Die Zusammenarbeit mit Kende war am erfolgreichsten: Dass ein Dozent aus dem kommunistischen Ungarn als Gastprofessor an der Universität Hamburg unterrichtete, zeugte nicht nur von der Liberalität der Universität, sondern zog auch Studierende an, die sich für die Kriegsursachenforschung zu interessieren begannen. Von Kende stammt auch die Kriegsdefinition, die die Arbeit der Hamburger Kriegsursachenforscher vom Mainstream bis heute unterscheidet: Statt einer quantitativen Grenze von immer umstrittenen Opferzahlen und der Beschränkung auf zwischenstaatliche Gewalt schlug Kende eine qualitative Kriegsdefinition vor, die viel weitreichendere Beobachtungen möglich machte und auch innerstaatliche Kriege umfasste. Krieg war bei Kende als bewaffneter Massenkonflikt definiert, bei dem nur einer der Konfliktbeteiligten ein staatlicher Akteur sein musste, solange die Gegner mit erkennbarer Strategie und kontinuierlich operierten. Für rigide Methodenlehrerinnen ist das ein Gräuel, aber bei etwa 220 Kriegen nach 1945 waren über die Jahre Diskussionen über Zweifelsfälle möglich.

Die AKUF konnte mit dieser sehr offenen Definition das globale Kriegsgeschehen viel angemessener erfassen und beschreiben. Dadurch wurde schon bei Kende etwas sichtbar, was in der Kriegsforschung später unter der Bezeichnung »Neue Kriege« für eine Neuheit gehalten wurde. Kende und die AKUF wussten bereits in den 1980er Jahren, dass der innerstaatliche Krieg nach 1945 der dominante Typ war.

Die AKUF konnte auch früh zeigen, dass die westlichen Staaten als Interventionen daran auch schon vor dem Ende des Ost-West-Konflikts heftig beteiligt waren und es bis heute über ihre Interventionen sind. Und in der AKUF war durch die schnell wachsende regionale Expertise auch schnell klar, dass man den Formeln von »Neuen Kriegen«, »transnationalem Terrorismus« und »Staatszerfall« ebenso kritisch gegenübertreten musste wie den früheren Simplifizierungen, als alle Kriege Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas nur als »Stellvertreterkriege« der Supermächte angesehen wurden, ohne die massiven sozialen Verwerfungen in ihrer kriegsursächlichen Wirkung zu erkennen.

Gantzels Gespür für kreative Forscherinnen und seine Liberalität zogen schnell junge Leute an, die mit ihm die kritische Friedensforschung betrieben. Sie erreichten, dass der DFG-Sammelschwerpunkt für Publikationen zur »Friedens- und Konfliktforschung« an der Universität Hamburg angesiedelt wurde. Und sie füllten mit Gantzel die »Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung«, die als Dach für eine Reihe von Drittmittelprojekten zu Militarisierungsdynamiken, zu Fragen der Außenpolitik und zur kritischen Rüstungsforschung diente. Peter Lock, Ulrike Bor-

chardt, Michael Brzoska und Volker Böge waren Hauptträgerinnen dieser umfangreichen Forschung.

Sicher mehr als hundert Examensarbeiten und mehrere Dutzend Promotionen sind in diesem Umfeld entstanden, und 1992 wurde Klaus Jürgen Gantzel zum ersten Preisträger des neugeschaffenen »Fischer-Appelt-Preises« der Universität Hamburg für besondere Verdienste in Forschung und Lehre.

Im »Medium der solidarischen Kritik« (O-Ton Gantzel) diskutierte die AKUF alle zwei Wochen neue bewaffnete Konflikte. Jeder Fall wurde einer eingehenden Diskussion unterzogen, die gründliche Recherche in mehreren Sprachen zu einem solchen Fall war der Initiationsritus für Neumitglieder. Nicht ein bloßer numerischer Wert, sondern die genaue inhaltliche Auseinandersetzung mit jedem Konflikt wurde durch die qualitative Definition Kendes erforderlich. Die Daten, die Gantzel mit Mitarbeiterinnen 1986 und 1995 über das Kriegsgeschehen nach 1945 veröffentlichte, standen deshalb auf einer viel breiteren Basis als die der Kolleginnen, die in Uppsala oder Ann Arbor an anderen Kriegsdatensätzen arbeiteten.

Und noch etwas anderes zeichnete die AKUF aus: Sie war nicht bloße Datenhuberei, sondern ein Ort der Theoriediskussion. Von Jens Siegelberg stammte der wohl wichtigste Beitrag dazu, der an Gantzels Weltgesellschaftsansatz anknüpfte. Siegelberg schlug vor, die Geschichte von Kapitalismus und Kriegsgeschehen zu parallelisieren, historische Differenzierungen einzuführen und ein sachlogisches Modell ursächlicher Prozesse zu entwickeln.⁷¹ Zahlreiche Arbeiten mit regionaler Differenzierung dieser Prozesse schlossen sich an. Die Orientierung an einer historischen Soziologie der Politik, die sich von Karl Marx und Pierre Bourdieu ebenso informieren lässt wie von Max Weber, Hannah Arendt oder Norbert Elias, hat sich in der AKUF auch weit über Gantzels Emeritierung (1999) und Siegelbergs Weggang von der Universität Hamburg erhalten.

Die Bologna-Reform mit ihrer stark verschulenden Umsetzung in Deutschland brachte die AKUF schon in den Nullerjahren in Bedrängnis, aber durch viel Engagement und auch unbezahlte Arbeit erhielt sich wenigstens der jährliche Bericht über das globale Kriegsgeschehen bis 2017 am Leben. Mehrjährige Lehrveranstaltungen mit flexiblen Aufgaben und thematisch wechselnden Diskussionen stehen der Projektlogik der Wissenschaftspolitik und den kurz getakteten Studienverläufen in Modulen eher entgegen. So ist es erstaunlich, dass sich die AKUF auch noch über zwanzig Jahre nach Gantzels Emeritierung erhalten kann.

Zugleich wirken Gantzel und die AKUF bis heute: Mehrere Generationen von Forscherinnen sind aus dieser »forschenden Lehre« hervorgegangen und arbeiten heute im In- und Ausland an Universitäten und Forschungseinrichtungen, die

71 Jens Siegelberg 1994. *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*, Münster.

meisten immer noch auch zu Fragen von Krieg und Frieden. Aus dem Arbeitszusammenhang der AKUF ist so ein internationales Netzwerk von Wissenschaftlerinnen entstanden, die eine kritische, soziologisch-historisch orientierte Politikwissenschaft vertreten und mit weit differenzierter regionaler Expertise zu allen Weltregionen u.a. in Odense (Dietrich Jung), Oslo (Kirsti Stuvøy), Durham (Jutta Bakonyi), Prag (Jens Siegelberg), Monrovia (Felix Gerdes), Brüssel (Stephan Hensell), Aberystwyth (Berit Bliesemann) und Melbourne (Volker Böge) lehren und forschen.

Forschende »Ex-AKUF«-Mitglieder findet man aber auch an der Führungsakademie der Bundeswehr (Philipp Münch), in Bremen (Klaus Schlichte), Essen (Karen Jaehrling) und in Hamburg (Sabine Kurtenbach). Unzählige andere frühere Mitglieder der AKUF sind für internationale Organisationen, in Dokumentationsabteilungen, in Ministerien oder in der Erwachsenenbildung tätig.

Die Bildung solch produktiver und langfristig angelegter Forschungszusammenhänge wie die AKUF zu thematisch konzentrierter Forschung wird von der deutschen Wissenschaftspolitik heute eher unterbunden als gefördert. Die Projektlogik sorgt für Kurzfristigkeit, und die Exzellenzinitiative konzentriert die Mittel auf wenige Plätze statt in der Breite für pluralistische Forschung zu sorgen. Gegenwärtig entdeckt man die Form des »Forschungsseminars« an den deutschen Universitäten gerade wieder, nachdem man sie mit den Bologna-Reformen unmöglich gemacht hatte. Ob das »die AKUF« wiederbelebt, ist ungewiss.

Klaus Schlichte ist seit 2010 Inhaber des Lehrstuhls »Internationale Beziehungen: Politik in der Weltgesellschaft« am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien an der Universität Bremen. Von 1985 bis 1992 studierte Schlichte Politikwissenschaft, Philosophie, Afrikanistik und Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. In den 1990er Jahren war er wissenschaftlicher Mitarbeiter von Klaus Jürgen Gantzel.

Erinnerungskultur in Bildern.

Christina Kuhli über Constantin Hahms Wandgemälde im Pferdestall

In seiner über 100-jährigen Geschichte ist der *Pferdestall*, das Gebäude der Hamburger Sozialwissenschaften am Allende-Platz 1, von den Entwicklungen der Zeit geprägt worden. Die Spannung von Krieg und Vernichtung jüdischen Lebens einerseits und Bildung, Wissenschaft und Aufklärung andererseits sind in seine Grundfesten eingeschrieben – nicht zuletzt aufgrund der Kunst von Constantin Hahm (*1945). Die Wandgemälde von Hahm, die seit 1988 im ganzen Gebäude zu sehen sind, be- und verarbeiten das Verhältnis von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft.

Wandgemälde im 2. Stock des Allende-Platz 1



Reinhard Scheiblich & Karin Plessing

Bunte, knallige Farben, comichafte Figuren und Szenerien, Schrift und Formeln – wer durch das Treppenhaus des Pferdestalls geht, nimmt mit flüchtigem Blick im Vorbeieilen vor allem diese einfache, plakative Gestalt der bemalten Wände wahr. Doch der norddeutsche Künstler Constantin Hahm, der die Bilder von 1985 bis 88 schuf, transportiert damit noch viel mehr – geht es doch um nichts weniger als um die künstlerische Bewusstmachung des Ortes, der in den letzten gut 100 Jahren zu einem besonderen Teil der Universitäts- und Stadtgeschichte geworden ist.

Von der bewegten Geschichte des Pferdestalls lässt die trutzige Fassade zunächst wenig erahnen. Die aufmerksame Beobachterin wird vielleicht auf das Re-

lief mit einer Kutsche über dem Eingang im Mittelrisalit aufmerksam, das auf die ursprüngliche Bestimmung des Baus hinweist: 1908 wurde der nicht von ungefähr so benannte Pferdestall für den Fuhrunternehmer J. A. Schlüter als Pferde- und Droschkengebäude erbaut. Der technische Fortschritt machte die Pferdestärken später für Bugatti-Sportwagen dienstbar, die im Pferdestall für eine kurze Zeit verkauft wurden. Als schließlich die Hamburgische Universität das Gebäude nach Umbauten im Wintersemester 1929/30 bezog, blieb zumindest der Name erhalten – bis heute. Die Adresse – ehemals Bornplatz, heute Allende-Platz – markiert durch die Umbenennung hingegen die tiefgreifenden Veränderungen, die in der Folge die Geschicke des Gebäudes ebenso wie die der Universität bestimmen sollten.

Während der Weimarer Republik wurde die junge und bald schon renommierte Universität auch von vielen jüdischen Wissenschaftlerinnen geprägt. Nicht zuletzt auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften, aber auch auf dem der Germanistik, der Psychologie und Erziehungswissenschaften arbeiteten herausragende Persönlichkeiten – Ernst Cassirer (1874-1945), William Stern (1871-1938) und Agathe Lasch (1879-1942) etwa waren mit ihren Instituten im Pferdestall untergebracht. Doch mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 endeten bald die wissenschaftlichen Karrieren der jüdischen Universitätsangehörigen. Sie erhielten Berufsverbot, wurden ins Exil getrieben oder deportiert. Nicht nur die Menschen wurden vertrieben, auch baulich verschwand ein Teil der jüdischen Identität, als die Hauptsynagoge Hamburgs in unmittelbarer Nähe zum Pferdestall in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November schwer beschädigt und schließlich 1939-40 abgerissen wurde. Der Keller des Pferdestalls diente im Zweiten Weltkrieg der »nicht-arischen« Bevölkerung als »Schutzraum«. Der massiv gebaute Bunker gegenüber – auch er ist heute Teil der Universität – war hingegen den »arischen« Bürgerinnen vorbehalten.

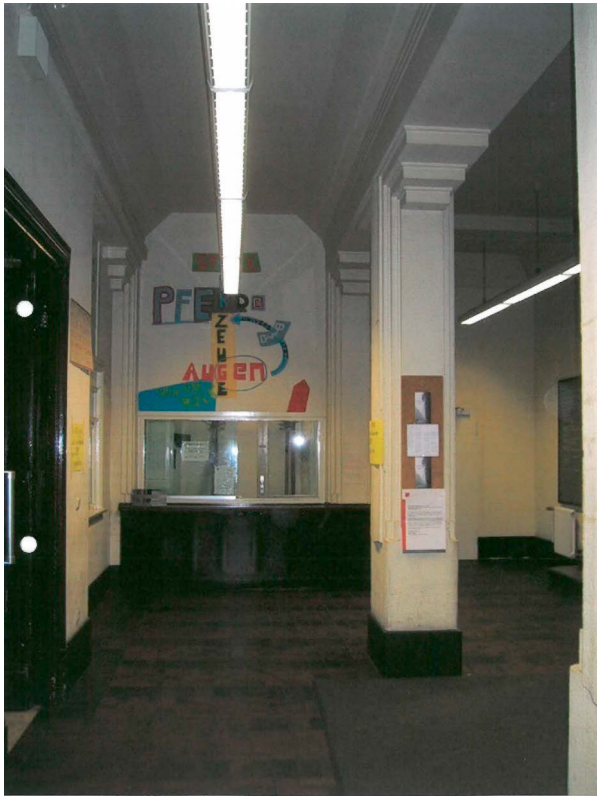
Mit dem 1988 von Margrit Kahl gestalteten Bodenmosaik, das Grundriss und Deckenspiegel der Synagoge nachzeichnet sowie der Umbenennung des Platzes in Joseph-Carlebach-Platz (nach dem letzten Hamburger Oberrabbiner zur Zeit des Nationalsozialismus) wurde eine Erinnerung an die Präsenz der jüdischen Kultur im Außenraum geschaffen. Im Pferdestall regte der Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften zur selben Zeit die Bewusstmachung der mit der Universität so eng verbundenen Geschehnisse an.

Doch der Künstler bleibt nicht bei einem ästhetisch gestalteten Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus. Er thematisiert vielmehr auch zukunftsgerichtet »Grundfragen des menschlichen Lebens, Handelns und Denkens«. ⁷² Wie häufig in

72 Olaf Matthes 2000. Momentaufnahmen von Geschichte und Gegenwart bei Constantin Hahm, in Jörgen Bracker. *Constantin Hahm, Das Tor zur Welt, Ausst.-Katalog Museum für Hamburgische Geschichte*, Hamburg, 7-10.

seinem Werk arbeitet er mit kräftigen Farben und Formreduzierungen, um historische Ereignisse Hamburgs in Bildern umzusetzen. Diese Qualität hat auch die Kunstkommission der Kulturbehörde überzeugt, dem an der Hochschule für bildende Künste Hamburg ausgebildeten Hahn den Auftrag für die Gestaltung von sechs Flächen im Treppenaufgang und in den Treppenabsätzen auf drei Stockwerken des Pferdestalls zu übertragen.

Wandgemälde über der ehemaligen Pförtnerloge



Reinhard Scheiblich & Karin Plessing

Wer den Pferdestall heute betritt, erlebt allerdings gleich eine kleine Enttäuschung – die kleinste Arbeit, die ehemals in der Eingangshalle über der Pförtnerloge angebracht war, ist nach Umbauten nicht mehr zu sehen. Alte Aufnahmen und eine Beschreibung im Inventar der Kunstwerke der Hamburger Universität von 1991 ermöglichen zumindest eine Vorstellung dessen, was zu sehen war: ein kreuzwortähnliches Diagramm bestehend aus Begriffen wie »Fahrzeuge«, »Stall«,

»Pferde« und »Universität«⁷³ – eine Kurzform der unterschiedlichen Nutzung des Gebäudes also.

Im Aufgang zum ersten Obergeschoss fällt der Blick dann auf ein graues Haus und einen Kinderwagen, in dem ein Säugling liegt. Zwei Bomben werden von einem Flugzeug auf sie abgeworfen. Das Blau des Himmels kontrastiert mit dem Rot des Bodens, die leuchtenden Buntfarben mit der Kriegsszenerie. Die so erfolgte »Einstimmung« auf die Geschehnisse des Gebäudes wird im Treppenabsatz des ersten Obergeschosses wieder gebrochen. Der obere Wandabschnitt stellt mit seinen formelhaften Zeichen Bezüge zum wissenschaftlichen Arbeiten im Pferdestall her: Unter einem Wurzelzeichen, in eckigen Klammern und mit Rechenzeichen verbunden, sind Elemente des Alltags dargestellt: eine Flasche, ein Glas, ein kopflos laufender Mensch, ein Eierbecher mit Ei, ein Blumentopf mit Pflanze, ein Büstenhalter auf einem Bügel und ein Hemd. Die Formalisierung und Optimierung des Alltags mag dabei als ein speziell auf die Sozialwissenschaften gemünztes Thema gemeint sein.

Mit dem Gang in das zweite Obergeschoss ändert sich die Thematik erneut, diesmal ist eine Kriegsszene zu sehen. Diesmal vermittelt Hahn recht konkret die Situation des Pferdestalls während des Zweiten Weltkrieges, indem er zwei Gebäude umrisshaft einander gegenüberstellt.

Im linken Gebäude drängen sich viele Figuren auf mehreren Etagen. Zackige Linien um das Gebäude herum wirken wie ein Schutzschild, das die Bomben abhält, die vom Himmel herabfallen. Sie fallen auf das rechte Gebäude und bis in den Keller, in dem nur zwei Figuren kauern. Ein Pfeil weist deutlich auf sie hin und betont damit den unzureichenden Schutz, dem ein Teil der Bevölkerung just im Pferdestall ausgesetzt war. Rot-, Gelb- und Schwarztöne suggerieren Feuer, Rauch und Blut.

Im zweiten Stockwerk, im Seminarraum 250, befindet sich das größte von Hahns Werken im Pferdestall. Hier sind die Sphären von Krieg und Wissenschaft nicht mehr durch unterschiedliche Raumebenen voneinander getrennt, sondern gehen in einer kontinuierlichen Erzählung entlang der Wände ineinander über. Zunächst fällt der Blick auf Roboter- oder Computermännchen und den Schriftzug »Aktion«. Daneben sitzen drei Figuren an einem Tisch, zwei weitere tragen eine Wurzel als Hemd – das bekannte Zeichen aus dem Treppenflur im ersten Obergeschoss. Die Gruppe, die an eine Seminarsituation erinnert, ist in Richtung eines großen sprechenden Kopfes gerichtet. Es folgen ein weiterer Schriftzug – »Reizung« – und zwei eckige Figuren, die eine starr stehend, die andere mit gehobenem Arm und angewinkeltem Bein wie zum Sprung bereit. Dieser Sprung

73 Kunstgeschichtliches Seminar der Universität Hamburg 1991. *Kunst an der Universität Hamburg. Ein Inventar*, Hamburg, 43–48, 43.

markiert auch einen Wechsel der Bildthematik, denn was folgt, sind wiederum in Bildzeichen abstrahierte Darstellungen des Krieges.

Wandgemälde in Raum 250



Reinhard Scheiblich & Karin Plessing

Zunächst fällt ein Panzer auf, dessen Bomben noch nicht abgefeuert sind. Er steht hochkant, »weil das die einzige Art ist wie ein Panzer stehen sollte, nämlich mit dem Geschützrohr in der Erde. Da kann der Panzer kaum Unheil anrichten«. ⁷⁴ Dennoch überfährt er ein Haus, dessen Trümmerteile plastisch auf der Wand aufgebracht sind. Somit ragen diese Teile aus der ansonsten flachen Bildebene heraus und gehen die Betrachterinnen direkt an. Doch verunsichert nicht nur diese physische Erweiterung der Bildebene, auch durch die ungewöhnliche Raum- und Bildperspektive fühlt sich die Betrachterin direkt angesprochen und ist zugleich irritiert. Die fliegenden Trümmerteile zwingen auch eine riesige Bildfigur in die Knie, die mit einem über den Kopf erhobenen Gewehr den Eindruck der Gegenwehr erzeugt. Bomben, die aus einem Flugzeug abgeworfen werden und eine Kriegsmaschine, die von einem wie gefangen wirkenden Männchen gesteuert wird, lassen diesen Kampf allerdings fast aussichtslos erscheinen – das vorläufige Ende der Geschichte markiert ein weißer Streifen mit einem roten Kreuz und zwei schwarzen Grabkreuzen. Doch lässt Hahm den Kreislauf nicht ganz so düster enden.

74 Schriftliches Interview mit dem Künstler Constantin Hahm.

Über der Tür des Raumes lassen Hammer und Ziegelsteine auf den Wiederaufbau und damit auf eine Zeit nach dem Krieg hoffen. Blickt man nun erneut auf die erste Wand, kommt der Seminarsituation eine tiefere Bedeutung zu – die Mahnung, die Geschichte und ihre Folgen nicht zu vergessen und an einer friedlichen, durch Wissen und Aufklärung geprägten Gesellschaft mitzuwirken. Zugleich vermittelt der Kontrast der Themen das Privileg des Studiums, in einer friedlichen Zivilgesellschaft am wissenschaftlichen Diskurs teilnehmen zu können.

Die Bedingungen freier geistiger Entfaltung, die zugleich Thema sozialwissenschaftlicher Studien sind, thematisiert schließlich auch das sechste Bild im Treppenflur des dritten Obergeschosses. Ein riesiger Mund wird gefüttert, während eine Familie am Esstisch die Forderung nach »Brot« durch den Schriftzug artikuliert. Durch dessen Farbgestaltung – das »B« ist in Weiß, die restlichen Buchstaben sind in Rot wiedergegeben – erhält die vermeintlich simple Darstellung nicht nur einen spielerischen, sondern auch einen sozialpolitischen Impetus.

Die Wandmalereien Constantin Hahms wirken durch ihre einfache Bildsprache leicht verständlich und sind doch nicht leicht oder eingängig. Dem flüchtigen Blick, der dem Hinauf- und Hinabgehen in den Treppenhäusern zu eigen ist und dem der bildliche Ausdruck entgegenkommt, stellt der Künstler Irritationsmomente gegenüber. Auch wenn man die Geschichte des Pferdestalls nicht kennt und sich vielleicht sogar an Graffiti zur Verschönerung von Schulräumen erinnert fühlt, bleibt das Spiel mit der Erinnerung, dem Erinnern im Alltag und dem Umgang mit der eigenen Geschichte an diesem historischen Ort präsent. Nicht zuletzt dank der sehr aktiven Fachschaft der Sozialwissenschaften ist der Pferdestall aber auch und vor allem ein lebendiger Ort, an dem man sich in Forschung und Studium mit politischen und sozialen Fragen auseinandersetzt, um auch geschichtsbewusste Zukunftsmodelle entwickeln zu können. Eine passende bildliche Rahmung mögen Hahms Wandmalereien auch heute noch geben.

Christina Kuhli war bis 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kunstgeschichtlichen Seminar der Universität Hamburg. Sie hat 2012 mit einer Arbeit über Giorgio Vasaris Viten an der Universität Frankfurt a.M. promoviert, war Postdoc im SFB 948 »Helden, Heroisierungen und Heroismen« an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und ist seit 2016 an der Universität Hamburg, wo sie u.a. die Kunstwerke der Universität betreut.

Distanzierte Annäherung.

Peter Niesen zu Jürgen Habermas' Hamburger Ehrendoktorwürde 1989

Jürgen Habermas (*1929) ist emeritierter Professor für Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. Zu seinen Hauptwerken zählen die *Theorie des kommunikativen Handelns* (1981), *Faktizität und Geltung* (1992) und *Auch eine Geschichte der*

Philosophie (2019). Habermas ist 1961 in Marburg mit seiner Arbeit zum *Strukturwandel der Öffentlichkeit* in Politikwissenschaft habilitiert worden; die Initiative zur Verleihung der Ehrendoktorwürde des damaligen Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg 1989 ging vom Institut für Politische Wissenschaft aus.

Bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Jahr 2001 dankte Jürgen Habermas seinem Laudator Jan Philipp Reemtsma für dessen nicht unkritische Bemerkungen und äußert sich erleichtert über das geglückte Wagnis, das eine Laudatio aus der Distanz immer darstelle. Als ihm am 25. Mai 2019 von den beiden Herausgeberinnen Amy Allen und Eduardo Mendieta das *Cambridge Habermas Lexicon* überreicht wurde, lobte er das Projekt, da es nicht von Schülerinnen oder engen Weggefährtinnen konzipiert worden, sondern aus kritischer Distanz heraus entstanden sei. Auch in der Dankesrede, die Habermas anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg im Jahr 1989 gehalten hat, spielt das Motiv der kritischen Distanz eine tragende Rolle.⁷⁵

Tatsächlich distanziert sich Habermas nicht weniger als dreimal, bevor er sich endlich in die mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde ausgedrückte Anerkennung schickt. Zunächst distanziert er sich von der Form der Ehrung als solcher, die ihm angesichts eines historisch kompromittierten Ehrbegriffs zutiefst suspekt erscheint. Gerade an derjenigen Universität, »wo man vor 20 Jahren den Muff unter den Talaren entdeckte«, bestehe die Gefahr, dass die Verleihung einer Ehrendoktorwürde als verbrauchtes Ritual erscheine. Mit der Ablehnung diskreditierter Ehrpraktiken gehe aber, so Habermas, keineswegs einher, dass die bleibende Bedeutung ritualisierten Sprechens entfallen müsse. Es wäre voreilig, in dieser positiven Bezugnahme auf rituelle Kommunikationsformen bereits spätere Debatten über Rationalitätspotenziale, die in religiöser Sprache verkapselt sind,⁷⁶ angelegt zu sehen. Das Ritual der akademischen Ehrung hat hier, wie wir sehen werden, eine andere, funktionale Bedeutung.

Im nächsten Schritt macht Habermas auf die Distanz zwischen dem Sinn von Wissenschaft als Ort anhaltender kritischer Auseinandersetzung und dem entgegengesetzten Moment der Ehrung aufmerksam, ganz als ob diese den Geehrten gegen Kritik in Schutz nehme. Weil das Wissenschaftssystem »auf die Bestreitung von Aussagen, aufs Widersprechen spezialisiert« sei, könne akademischer Bestandsschutz qua Ehrung in einem Milieu, das sich der anhaltenden Überprüfung verschrieben hat, keinen Platz haben. Die Dankesrede spiegelt hier Habermas' lebenslange und vorrangige Loyalität gegenüber der Universität als einem System,

75 Die komplette Dankesrede von Jürgen Habermas ist verfügbar unter <https://politik100x100.blogs.uni-hamburg.de/niesen-retrospektive-habermas-ehrendoktor/>.

76 Jürgen Habermas 2001. *Glauben und Wissen*, Frankfurt a.M.

das sich in Kritik und Metakritik erneuert und das der modernen Gesellschaft Zerrissenheit und Dissens, nicht aber monothematische Geschlossenheit schulde.

Die dritte ausgedrückte Distanzierung gilt schließlich der ehrenden Institution:

Aber aufs Ganze gesehen verbinden mich mit Ihrer Universität keineswegs besonders enge persönliche oder wissenschaftliche Kontakte. Das bedaure ich in der Hinsicht, aber in unserem Zusammenhang ist es nicht nur von Nachteil. Die bestehende Distanz spricht dafür, daß Sie sich bei Ihrer Entscheidung nicht von falschen Loyalitäten haben leiten lassen.⁷⁷

In der Tat gab es keine intensiven Verbindungen nach Hamburg, mit Ausnahme der engen familiären Bindungen seiner aus Nienstedten stammenden Frau Dr. Ute Habermas-Wesselhöft. Gute publizistische Kontakte bestanden damals zur Wochenzeitung *Die ZEIT*. Dass Habermas seinen berühmt gewordenen Vortrag *Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*, der 1986 den Historikerstreit eröffnete, zunächst in der Hamburger Landesvertretung in Bonn hielt,⁷⁸ war wohl dem Zufall geschuldet. Auch das *Hamburger Abendblatt* fremdelte angesichts der Ehrung zunächst, nahm den Geehrten dann aber unter der Überschrift »Ein Mann, der radikal und redlich ist« in die ehrbare Kaufmannsgesellschaft auf.⁷⁹ Herbert Schnädelbach, seinerzeit Professor für Philosophie an der Universität Hamburg, dessen Frankfurter Habilitation Habermas nach dem Tod Adornos betreut hatte, sollte gesprächsweise den Kontakt herstellen, nachdem die Entscheidung über die Ehrendoktorwürde gefallen, aber noch nicht publik gemacht worden war.⁸⁰ In einem langjährigen Hamburger Arbeitskreis zur Politischen Theorie hatten sich u.a. Rainer Schmalz-Bruns, Frank Nullmeier, Thomas Saretzki und Udo Bernbach der *Theorie des kommunikativen Handelns* (1981) gewidmet. Später gingen daraus Publikationen, die Habermas' Werk dauerhaft für die Politikwissenschaft erschlossen, hervor.⁸¹ Der Laudator Udo Bernbach nahm aber bereits Motive von Habermas' späteren Arbeiten wie *Faktizität und Geltung*

77 Dankesrede vom 14. Dezember 1989, mit Dank für die Überlassung an das Habermas-Archiv der Goethe-Universität Frankfurt a.M.

78 *Die ZEIT* vom 11. Juli 1986. Vgl. Gunter Hofmann 1989. Denker in der Arena, *Die ZEIT* vom 16. Juni 1989.

79 *Hamburger Abendblatt* vom 15. Dezember 1989, 5; vgl. auch *Hamburger Abendblatt* vom 16./17. Juni 1989, 71.

80 Brief von Fachbereichssprecher Gerhard Ahrens an das Universitätspräsidium vom 9. Juni 1989, Universitätsarchiv. Mit Dank an Stella Lüneberg für Forschungsassistentenz.

81 Rainer Schmalz-Bruns 1994. *Reflexive Demokratie*, Baden-Baden; Thomas Saretzki 1996. Wie unterscheiden sich Argumentieren und Verhandeln? in Volker von Prittwitz (Hg.). *Verhandeln und Argumentieren*, Opladen, 19–39.

(1992) vorweg, wenn er, gestützt auf die Diagnose einer »Kolonialisierung der Lebenswelt« aus der *Theorie des kommunikativen Handelns*, eine institutionenpolitische Modernisierung von Habermas' Theorie anmahnte, die einen Transfer normativer Einstellungen aus der Lebenswelt in die Systemwelt von Recht und Staat sicherstellen sollte. Er schlägt vor, Demokratie als Gegenmacht zu konzipieren, der eine »Kolonialisierung« des Systems aus der Lebenswelt heraus zugetraut werden könnte.⁸²

Erst nach der ausführlichen Vergewisserung, dass eine Ehrenpromotion noch einen Platz haben kann im 20. Jahrhundert, im Wissenschaftssystem, im Verhältnis unter Gelehrten, die einander fremd sind und bleiben sollen, nimmt der Geehrte »das Moment der Anerkennung, welches sich in dieser Urkunde materialisiert«, freudig an. Um zu verstehen, wie Habermas die dreifache Distanzierung überwindet, ist ein Hinweis auf die Schlüsselpassage seiner Rede hilfreich, auf die bereits Stefan Müller-Doohm in seiner Biografie von 2014 aufmerksam gemacht hat. So heißt es bei Habermas an die Adresse der Universität und mit Blick auf die eigene Person: »Sie zeichnen jemanden aus, dessen wissenschaftliche Position alles andere als unumstritten ist.«⁸³ Wenn Habermas sich vor allem als umstritten begreift, dann benennt er nicht nur das Risiko, dass die Hamburgerinnen sich vertan haben könnten. Er bestimmt vielmehr eine Funktion, die Ehrungen in einem wohl nachmetaphysischen, damit aber noch nicht post-rituellen Wissenschaftssystem noch haben können.

Was Habermas an der Ehrung einleuchtet, ist, dass sie sich wie ein schützen-der Panzer vor die vielfach angegriffene Person lege. Sie erneuere die Erinnerung an eine notwendige Unterstellung, die im Streit immer mitgeführt werden müsse, in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen aber keineswegs immer respektiert werde, nämlich die Unterscheidung zwischen Person und Sache: »Auch ein argumentativer Streit geht manchmal an die Nieren. In solchen Momenten kommt uns zu Bewußtsein, daß der Streit um die richtigen Aussagen nur solange, wie sich die Personen gegenseitig achten, vorbehaltlos geführt werden kann.« Im Brief an den damaligen Fachbereichssprecher Gerhard Ahrens, in dem er die ihm angetragene Ehrung annimmt, wird Habermas noch deutlicher. Er sieht die eigene Umstrittenheit geradenwegs aus einem Umstand hervorgehen, den die Hamburgerinnen in ihrer Ehrung besonders würdigen: seiner Doppelexistenz als Gesellschaftstheoretiker und öffentlicher Intellektueller. Umstrittenheit bewirke, dass man »mit den eigenen Produktionen nie ganz glücklich wird. In diesen Selbstzweifeln sieht man

82 Udo Bernbach über politikwissenschaftliche Anschlussmöglichkeiten an Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns, Ausschnitt aus der Laudatio vom 14. Dezember 1989, verfügbar unter <https://politik100x100.blogs.uni-hamburg.de/fundstueck-bermbach-laudatio-habermas/>.

83 Stefan Müller-Doohm 2014. *Jürgen Habermas. Eine Biographie*, Berlin, 327.

sich noch bestärkt, sobald man sich als Intellektueller an öffentlichen Kontroversen beteiligt und dann die Erfahrung macht, daß sich in der politischen Öffentlichkeit die Kritik an der Sache oft [mit] der Kritik an der Person verquicket.«⁸⁴

Im Rückblick ist Habermas im Handgemenge der Kritik kaum als der zeitlose Klassiker wiederzuerkennen, als der er heute erscheint. Seine Selbstwahrnehmung steht noch im Zeichen der erbitterten Auseinandersetzungen des Historikerstreits (1986/87), dem der Streit über das Erbe der Aufklärung im *Philosophischen Diskurs der Moderne* (1985) vorangegangen war. Beide hatten Habermas massive, anhaltende Angriffe durch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eingetragen, die am Hochschulort Frankfurt eine hoch angespannte lokale Atmosphäre erzeugten. Andererseits hatte die Deutsche Forschungsgemeinschaft auch bereits ihrem 1986 erstmals verliehenen Leibniz-Preis Renommee zu verschaffen gewusst, indem sie unter der ersten Kohorte von Preisträgerinnen auch Habermas auszeichnete.

Die Hamburger Dankesrede zeichnet das Bild eines Wissenschaftlers, der mitten im Streit steht, der auch persönliche Angriffe einstecken muss und der zu diesem Zeitpunkt noch nicht damit rechnen kann, dass sein Werk 30 Jahre später im Kanon des philosophischen und politischen Denkens verankert sein wird. »Umso dankbarer bin ich Ihnen und Ihren Kollegen dafür, daß ich mich für einen zeremoniellen Augenblick von diesen Skrupeln entlastet fühlen darf.«⁸⁵ Vor diesem Hintergrund gewinnt die Unterwerfung unter die ihrer wörtlichen Bedeutung entkernte Zeremonie einen spezifischen Sinn. Wenn die Würdigung eine Berechtigung haben kann, dann nicht diejenige, die kritische Auseinandersetzung stillzustellen oder einen Zustand der Umstrittenheit hinter sich zu lassen. Das überlebte Ritual hat den Sinn, einen anderen Gehalt zu transportieren, der sich »direkter Rede spröde entzieht«. Es ist die Achtung vor der verletzlichen Person, die als materielles Substrat allen Auseinandersetzungen zugrunde liegt, und die durch die Ehrung als die eigentliche Produktivkraft wissenschaftlicher Innovation in Schutz genommen wird.

Peter Niesen ist seit 2013 Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie, an der Universität Hamburg.

Der Hamburger »Uni-Skandal« 2004.

Rainer Tetzlaff über Michael Th. Greven und die verhinderte Ehrendoktorwürde für Wladimir Putin

Michael Th. Greven (1947-2012) war von 1995 bis 2012 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg, zunächst mit dem Schwerpunkt Regierungs-

84 Brief an Gerhard Ahrens vom 12. Juni 1989, Universitätsarchiv.

85 Ebd.

lehre, ab 2004 mit dem Schwerpunkt Politische Theorie. Die Reminiszenz von Rainer Tetzlaff beschreibt die Umstände, unter denen Michael Greven als Dekan des sozialwissenschaftlichen Fachbereichs eine Protestaktion gegen die geplante Verleihung der Ehrendoktorwürde an Wladimir Putin initiierte, die schließlich zur Absage der Verleihung führte.

Im Leben eines Hochschullehrers gibt es wohl nur ausnahmsweise die Gelegenheit, in den kontingenten Verlauf der Geschichte durch eigenes couragiertes Handeln verändernd einzugreifen. Die folgende Erzählung handelt von solch einem bemerkenswerten Fall. Am 21. Dezember 2003 hatte der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften beschlossen, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Am 10. Oktober 2004 sollte der festliche Akt stattfinden. Doch dieser Termin musste schließlich abgesagt werden – wohl eines der peinlichsten Ereignisse in der Geschichte der Hamburger Universität. Peter Wiegand, der Sprecher der Universität, hatte die undankbare Aufgabe, öffentlich zu erklären, dass die angekündigte Feier aufgrund von »Terminschwierigkeiten« nicht stattfinden könne. Zudem verwies er auf die Tatsache, dass »von unseren rund 700 Professoren nur rund 60 die Protestresolution unterschrieben« hätten.⁸⁶ Daraufhin hagelte es »72 Stunden lang Anfragen aus aller Welt, bis aus den letzten Winkeln Russlands«.⁸⁷ Man wollte die Gründe wissen.

Mitverantwortlich für dieses ›non-event‹ war Professor Michael Th. Greven, Dekan des sozialwissenschaftlichen Fachbereichs. Kurz vor dem »Hamburger Skandal« hatte Greven unter dem Titel *Kontingenz und Dezision* einen Sammelband mit wichtigen Beiträgen zu der Frage veröffentlicht, ob die »liberale Demokratie eine Kultur des Westens« sei (was im Wesentlichen bejaht wurde) oder ob sie im normativen Sinne universelle Ansprüche begründen könne.⁸⁸ Daher fühlte er sich auch fachlich herausgefordert und berufen, gegen eine politische ›Dezision‹ seiner Hamburger Universität sein Veto einzulegen, die so gar nicht zu seinen politischen und ethischen Überzeugungen passte.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hatte damit für einige Wochen einen von den Medien stark beachteten politischen Skandal, der nur mit Mühe zugedeckt werden konnte. Es wäre aber zu einfach, hier schlicht von Politikversagen zu sprechen, war er doch gleichzeitig ein Symbol für das politische Ringen zwischen dem rot-grün regierten vereinten Deutschland und dem Nach-Gorbatschow-Russland um ein friedliches, konstruktives Miteinander in einer labilen Übergangszeit, in der Putins Russland sich schließlich immer mehr politisch wie kulturell vom Westen entfernte und sich trotzig in eine eigene, als »postwestlich« (Putin) legitimierte

86 Spiegel Online vom 4. August 2004.

87 Wiegand im Gespräch mit dem Autor am 13. Mai 2019.

88 Michael Th. Greven 2000. *Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft*, Opladen.

Staats- und Gesellschaftsordnung einigeln sollte. Das war wohl für all die Deutschen, die aus ehrenwerten Gründen lange, zu lange, an der Illusion einer ganz besonderen, teilweise romantischen Beziehung zwischen Deutschland und Russland festgehalten hatten, eine herbe Enttäuschung.

Vermutlich einer diskreten Anregung des damals amtierenden Bundeskanzlers Gerhard Schröder folgend (er regierte vom Oktober 1998 bis November 2005), wurde 2003 im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hamburg der Plan diskutiert und dann beschlossen, den russischen Präsidenten mit der Ehrendoktorwürde auszuzeichnen. Diese Geste war gewissermaßen als Gegenleistung und aus Dankbarkeit für die Ehrung gedacht, die Schröder ein halbes Jahr zuvor – im März 2003 – in Putins Heimatstadt St. Petersburg zuteil geworden war (wohl kaum wegen dessen akademischen Leistungen). Ein Doktorhut aus Hamburg, der Partnerstadt von St. Petersburg, wäre dafür ja wohl die geeignete und angemessene Gegenleistung – so dachten auch Politiker wie der ehemalige Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau und der frühere Präsident der Hamburger Handelskammer, Klaus Asche (die später die Absage der Ehrenpromotion der Universität Hamburg als »dumm und ungeschickt« kritisierten). Auch Hamburgs früherer Bürgermeister Klaus von Dohnanyi fand den Streit »unverständlich«; es sei »unmöglich«, dass einige Moralhüter einen »Hamburger Skandal« inszeniert hätten.⁸⁹ Man hatte sich wohl eine Förderung der Handelskontakte zur Hansestadt versprochen.⁹⁰

Aber weder Parteipolitikerinnen noch Wirtschaftsgrößen einer Stadt können einen Ehrendoktor vergeben, worauf auch der parteilose Wissenschaftssenator Hamburgs Jörg Draeger (2001–2008) hinwies. Das können in einem liberal-demokratischen Rechtsstaat wie Deutschland nur Fachbereiche oder Fakultäten einer Universität veranlassen und durchführen, die dafür eine glaubwürdige öffentliche Begründung vorweisen müssen. Spätestens an diesem Punkt hätten die Planerinnen der famosen Idee der Ehrung eines Diktators stutzig werden müssen: Wofür sollte man den neuen Kreml-Chef ehren, der just im Jahr 2003 den Premierminister Michail Kasjanow entlassen und ein hierarchisches Kommandosystem installiert hatte, das westliche Politologinnen später als Putinismus bezeichneten. Es handelte sich dabei um ein autoritäres Herrschaftssystem, in dem der Primat der Politik in Gestalt eines starken Präsidenten, der weder von einem frei gewählten Parlament noch von einer liberalen Öffentlichkeit in Schach gehalten werden kann, wiederhergestellt wurde – ein demokratiefeindliches Herrschaftsprinzip, das aus Putins Sicht »bedauerlicherweise« mit dem Zerfall der Sowjetunion verschwunden war. Bekanntlich hat Wladimir Putin diesen Zerfall

89 Nach Jan Friedmann und Jochen Leffers, *Spiegel Online* vom 4. August 2004 und 10. August 2004.

90 Siehe auch Fritjof Meyer, *Spiegel Online* vom 27. Februar 2004.

des sowjet-kommunistischen Imperiums (der immerhin die Befreiung zahlreicher Nationen aus dem ›Völkergefängnis‹ ermöglicht hatte) als »die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts« bezeichnet, was bei uns nur schwerlich verstanden wurde.

Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit als Staatspräsident im Jahr 2004 wollte Putin mit seinem System der »gelenkten Demokratie« die »Irrtümer« der Ära Gorbatschow und Jelzins aus der Welt schaffen. Dessen zentrales Merkmal besteht in der »Vertikalen der Macht« (Putin), das heißt in einem System föderaler Ordnung, das vom Moskauer Machtzentrum aus alle bundesstaatlichen Gebietskörperschaften und Staatsorgane in eine hierarchisch angeordnete Befehlskette einbinden soll. Putin sagte nicht nur den »Oligarchen« den Kampf an, das heißt der in der liberalen Phase der 1990er Jahre reich gewordenen Oberschicht, sondern begann im Zuge seiner weder fairen noch freien zweiten Wiederwahl, die Medien- und Meinungsfreiheit in Russland Stück für Stück einzuschränken.

Als die Pläne der Ehrung des russischen Präsidenten im Sommer 2004 bekannt wurden, reagierte Michael Greven, der am Institut für Politische Wissenschaft für die Politische Theorie und Ideengeschichte zuständig war, als erster mit Unverständnis und Empörung. Er erkundigte sich »in der Universitätsleitung wie im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften«, ob an eine Aufgabe des Plans gedacht sei, konnte aber »keinerlei Anzeichen erkennen, dass man dort an eine Revision der Entscheidung gedacht hat«. ⁹¹ Tatsächlich beharrte Vizepräsident Karl-Werner Hansmann auf der Ehrung für Putin.

Ja das werden wir tun, denn wir haben uns das natürlich vorher überlegt, wir sind der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, nicht das Präsidium der Uni. Der Fachbereich hat überprüft, ob Herr Putin für eine Ehrendoktorwürde in Frage kommt, hat es auf die wirtschaftswissenschaftlichen Leistungen von Herrn Putin beim Übergang von der kommunistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft gestützt, das haben wir geprüft und haben es für richtig befunden, dass der Fachbereich diese Ehrung vornimmt. ⁹²

Schließlich startete Dekan Greven unter Kolleginnen eine Protestaktion, der sich rasch 55 Professorinnen aus mehreren Fachbereichen, dann später 67 Professorinnen anschlossen. Auch kam es zu Studierendenprotesten. In dem Protestschreiben der Professorinnen wurden u.a. der »in völkerrechtswidriger Weise geführte Tschetschenien-Krieg« sowie die Unterdrückung und Schikanierung von unabhängigen Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen angeprangert. In seinem »plebiszitär nur scheinbar legitimierten persönlichen Regiment« sei Putin dabei, einen »schleichenden Regimewechsel« vorzunehmen, eine »staats- und präsidentenfromme« Fernsehlandschaft zu schaffen und die »Unabhängigkeit der Justiz bei

91 Werner Nording, *Deutschlandfunk* vom 3. August 2004.

92 Ebd.

der Verfolgung oppositioneller oder einfach den Interessen der Staatsführung entgegenstehender Personen und Organisationen« zu unterhöhlen. Der russische Präsident habe außerdem »keine herausragende wissenschaftliche Leistung« erbracht, die eine Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Wirtschafts- und Sozialwissenschaften rechtfertigen würde.⁹³

Tatsächlich hatte Putin in den 1970er Jahren an der Universität Leningrad Jura studiert, also zu einer Zeit, in der Russland als Teil der Sowjetunion kein Rechtsstaat war. Von 1985 bis 1990 gehörte der fließend Deutsch sprechende Putin zum KGB-Stab in Dresden, wo er u.a. als Spion zur Überwachung von ausländischen Konsulats-Angehörigen eingesetzt wurde. Nach der Auflösung der DDR kehrte er nach Russland zurück und arbeitete als vom KGB delegierter Hochschullehrer für Wirtschaftsrecht an der Leningrader Staatsuniversität. Im Jahr 1997 promovierte Putin mit einer Arbeit über Planung und Produktion von mineralischen Rohstoffen im Fach Ökonomie. Darauf bezog sich offenbar die oben zitierte Äußerung des Professors für Wirtschaftswissenschaften Karl-Werner Hansmann.

Angesichts dieses offensichtlichen Dissenses zwischen Kolleginnen (sowie zwischen Parteipolitikerinnen in der Hamburger Bürgerschaft) konnte der Politologe Greven, der schon an den Universitäten Marburg und Darmstadt hochschulpolitische Erfahrungen gesammelt hatte, in die praktische Tat umsetzen, was er als Theoretiker der Demokratie und der »politischen Gesellschaft« stets gelehrt und gefordert hatte: die breite gesellschaftliche Partizipation von unten, um das politisch Vernünftige in einer aktiven Bürgergesellschaft diskursiv zu gestalten:

Bildlich gesprochen beruht der demokratische Typus der »politischen Gesellschaft« auf einer Politisierung von unten, auf Partizipation, mindestens aber responsiver Rückkoppelung an die einzelnen Bürger und Bürgerinnen und dem, was ich bereits früher als »demokratischen Dezisionismus« von seiner existenzialistischen und autoritären Variante abgegrenzt habe. Das heißt nichts anderes, als dass in einer modernen Demokratie prinzipiell alles zum Inhalt politischer Entscheidungen werden kann.⁹⁴

Acht Jahre nach der universitätsinternen Kontroverse über die geplante Doktorhutehrung Putins, am 7. Juli 2012, starb völlig überraschend Michael Greven, einen Tag nach seiner Emeritierung, die groß gefeiert worden war. Freundinnen, Kolleginnen und Mitarbeiterinnen hatten ihm zu seinem 65. Geburtstag eine Veröffentlichung überreicht, die Grevens Eintreten als Demokratie-Lehrer für eine

93 Die E-Mail von Michael Th. Greven ist komplett und im Wortlaut auf *Politik 100x100* zu lesen, verfügbar unter <https://politik100x100.blogs.uni-hamburg.de/fundstueck-greven-putinaufruf/>; Die Herausgeber danken Rolf von Lüde für das Überlassen einer Kopie.

94 Michael Th. Greven. *Kontingenz und Dezision*, 84f.

›politische‹, das heißt kritische und wachsame Bürgergesellschaft in vielfacher Weise würdigte.⁹⁵

Rainer Tetzlaff war von 1974 bis 2006 Professor für Politische Wissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft der Universität der Freien und Hansestadt Hamburg. Er beschäftigt sich in der Hauptsache mit Internationalen Beziehungen und Entwicklungspolitik. Jüngst erschien *Afrika: Eine Einführung in Geschichte, Politik und Gesellschaft* in der Reihe ›Grundwissen Politik‹.⁹⁶

95 Olaf Asbach, Rieke Schäfer, Veith Selk & Alexander Weiß (Hg.) 2012. *Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft*, Wiesbaden.

96 Vgl. den Beitrag von Andreas Mehler in diesem Band, S. 160.